

5 / 12 / 01 / 12

Streife

Das Magazin der Polizei des Landes Nordrhein-Westfalen



»Kurve kriegen« – damit junge Straftäter
nie wieder kriminell werden

»RIEGEL VOR!« – SICHER IST SICHERER /// DIGITALFUNK – PROBE BETRIEB BEGINNT

Frühe Hilfe statt späte Härte.

Ralf Jäger

Minister für Inneres und Kommunales
des Landes Nordrhein-Westfalen



Liebe Leserinnen und Leser,

die Herausforderung, vor der wir stehen, ist groß. Mit unserer Initiative »Kurve kriegen« wollen wir verhindern, dass Kinder, die auf die schiefe Bahn geraten sind, zu jugendlichen Intensivtätern werden. Fest steht: Kein Kind wird als Krimineller geboren. Dahinter steht eine Entwicklung in die falsche Richtung. Unsere Antwort darauf lässt sich auf eine griffige Formel bringen: Frühe Hilfe statt späte Härte.

Die Initiative, die wir aktuell umsetzen, ist in der Bundesrepublik einmalig. Seit dem Sommer dieses Jahres hat die Arbeit in den acht ausgewählten Modellregionen, in Aachen, Bielefeld, Dortmund, Duisburg, Hagen, Köln, dem Rhein-Erft-Kreis und dem Kreis Wesel begonnen. Wir kümmern uns dort mit pädagogischen Fachkräften gezielt um Kinder und Jugendliche zwischen acht und 15 Jahren, die sich erkennbar in einer Spirale Richtung Kriminalität befinden. Diese Kinder und jungen Jugendlichen sind der Polizei innerhalb der vergangenen zwölf Monate durch eine Gewalttat oder drei schwere Eigentumsdelikte aufgefallen.

Die Kolleginnen und Kollegen erfassen die Umstände der Tat und bewerten die individuellen Risikofaktoren. Dann werden die Eltern sowie die betroffenen Kinder und Jugendlichen von Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten angesprochen. Nach Absprache mit dem Jugendamt wird ihnen die Teilnahme an »Kurve kriegen« angeboten. Diese ist freiwillig und für die Teilnehmer/innen kostenlos. Die Angebote zur Unterstützung sollen langfristig sein. Wir gehen von einem Zeitraum von zwei Jahren aus.

Die Koordination der individuellen Maßnahmen, beispielsweise Anti-Aggressions- und Coolness-Trainings, übernimmt eine pädagogische Fachkraft, die extra dafür in das Team der Polizei eingebunden ist. Diese Fachkraft geht in die Familien, schafft in Gesprächen Vertrauen und plant gemeinsam mit ihnen und dem Jugendamt die individuellen Maßnahmen. Sie werden dann unbürokratisch und schnell umgesetzt. Die Fachkräfte halten engen persönlichen Kontakt und bleiben während der ganzen Zeit Ansprechpartner für die Familien und vor allem für die Kinder.

Die pädagogische Fachkraft ist eine Art Bindeglied zwischen Polizei und dem Jugendamt. Sie koordiniert auch die

Netzwerkarbeit. Dabei geht es darum, bestehende Angebote des Jugendamtes zu ergänzen und aus einem »Baukasten« mit Trainings verschiedener Anbieter passgenaue Maßnahmen auszuwählen und einzuleiten.

Wir sind davon überzeugt, dass durch unsere NRW-Initiative die Zahl der Straftaten und nicht zuletzt die der Opfer verringert werden. Deswegen hat die Initiative für mich eine herausragende Bedeutung. Jedes Kind, das mit unserer Hilfe noch einmal die Kurve kriegt und seinem Leben eine neue Richtung gibt, ist ein echter Gewinn. Zuerst ein Gewinn für seinen persönlichen Lebensweg, aber darüber hinaus für die Sicherheit der Menschen im Land, die dadurch spürbar verbessert wird.

Ihr Ralf Jäger

02 __ EDITORIAL
51 __ IMPRESSUM

TITEL

04 __ **Baukasten für soziales Verhalten**
Acht Behörden beteiligen sich
an der Initiative »Kurve kriegen«
08 __ **»Nie wieder kriminell?!«**
Initiative »Kurve kriegen« aus der Sicht
eines Sozialarbeiters im Team der Polizei

FÜHRUNG

10 __ **Führung ist nicht Selbstzweck**
Fachtagung »Führung stärken!« in Essen
15 __ **Sieben Themeninseln**
Zentrale Aspekte des Themas
»Führung stärken«
16 __ **Engagiertes und weitgehend
positives Feedback** 314 Rückmeldebögen
wurden ausgewertet

EINSATZ

17 __ **Gewalt gegen Polizisten** NRW be-
fragt alle Beamtinnen und Beamten
18 __ **Vorbildliches Engagement:**
Für mehr Sicherheit
»Landespreis Innere Sicherheit 2011«
an drei Projekte in NRW verliehen
20 __ **Gewalt belastet den Fußball weiter**
ZIS veröffentlicht
»Jahresbericht Fußball Saison 2010 / 11«

23 __ **NRW-Polizei startet Härte-
test für Digitalfunk** Der erweiterte Probebetrieb
bei den Behörden und Organisationen mit
Sicherheitsaufgaben (BOS) beginnt

KRIMINALITÄT

25 __ **Täter fackelt sein Haus ab**
Sachverständige des LKA
untersuchen bei schweren Bränden
27 __ **Polizei und Bürger
gemeinsam gegen Einbrecher**
Kampagne »Riegel vor!«
bekämpft Wohnungseinbruch in NRW
28 __ **Gewalt und Mobbing an Schulen**
Aktive Präventionsarbeit
durch die Polizei in Mettmann
30 __ **Der Kampf gegen Organisierte
Kriminalität in der Türkei**
Die Polizei NRW hilft

VERKEHR

31 __ **Geschwindigkeit entscheidet
bei Unfällen über Leben und Tod**
Neue Verkehrsstrategie der Polizei NRW
34 __ **Gezielte Kontrollen gegen
Fahren unter Drogeneinfluss** Fortbildung
des LAFP NRW zeigt Wirkung

PERSONALIEN

36 __ **Neue/r Polizeipräsident/in
in Bonn und Dortmund,** Duisburger
Polizist gewinnt »X-Factor«-Show

37 __ **Gesundheit geht uns alle an**
Das BGMPol benötigt Ihre Unterstützung
bei einer Umfrage
38 __ **»Gabriel« an alle:**
Die Landesleitstelle der Polizei NRW sucht
Verstärkung für ihr Team

PRISMA

40 __ **Der Polizeiberuf ist nach wie vor
attraktiv** Hervorragendes Ergebnis
der Einstellungskampagne 2012
41 __ **Ausstattungstand**
»Blaue Polizeiuniform«
42 __ **Austausch mit minutiöser
Planung** Polizei in NRW
erhält 7.700 neue Computer
44 __ **Erfolgreiche Polizeiarbeit
mit zuverlässiger IT-Technik** LZPD treibt
Standardisierung voran
45 __ **Termine katholisch**
46 __ **Polizei im interkulturellen Dialog**
Ganztagsveranstaltung
im Polizeipräsidium Köln
48 __ **Arbeit darf nicht krank machen**
LZPD NRW erhält Auszeichnung
für gelungenen Arbeitsschutz
48 __ **Wenn ein Angehöriger zu einem
Pflegefall wird** »Tag der Pflege«
im Abteizentrum Duisburg-Hamborn
49 __ **Termine evangelisch**

PREISRÄTSEL

50 __ **Grease! – das Rock´n´Roll-
Kultmusical** Die Streife verlost 2x2 Frei-
karten für den Musical Dome Köln



04 »KURVE KRIEGEN« – DAMIT JUNGE
STRAFTÄTER NIE WIEDER KRIMINELL WERDEN



11 »RIEGEL VOR!«
SICHER IST SICHERER



20 DIGIFUNK –PROBE-
BETRIEB BEGINNT



Baukasten für _____ soziales Verhalten _____ Acht Behörden _____ beteiligen sich _____ an der Initiative _____ »Kurve kriegen« _____



Acht nordrhein-westfälische Modellbehörden haben ihre Arbeit im Rahmen der Initiative »Kurve kriegen« aufgenommen: Aachen, Bielefeld, Dortmund, Duisburg, Köln, Hagen, der Rhein-Erft-Kreis und der Kreis Wesel. Die Initiative hat mehrfachtatverdächtige Kinder und Jugendliche im Visier. Die Polizei in Nordrhein-Westfalen will präventiv dafür sorgen, dass gefährdete Kinder und Jugendliche nicht zu Intensivtätern werden. Pädagogische Fachkräfte sind vor Ort in die Polizeiarbeit eingebunden worden. Sie werden von anerkannten Trägern der freien Kinder- und Jugendhilfe mittels Dienstverträgen zur Verfügung gestellt.

Die Zielgruppe ist schnell umrissen: Sie heißen Jens, Mirko, Sascha oder Nadine, und sie haben bereits Einiges auf dem Kerbholz. Die Liste ihrer Vergehen und Straftaten ist lang. Sie reicht von schweren Eigentumsdelikten bis hin zu Gewalttaten, wobei sie in ihrem Vorgehen und ihrer Brutalität bereits jetzt schon vielen erwachsenen Straftätern in nichts mehr nachstehen. Dabei sind sie erst zwischen acht und 15 Jahre alt, also noch Kinder, Heranwachsende, Jugendliche. Aber sie sind auf die schiefe Bahn geraten. Ihre kriminelle Karriere ist vorgezeichnet. Die Spirale dreht sich mit rasendem Tempo nach unten.

Mehrfachtatverdächtige Kinder und Jugendliche bilden im Land eine wachsende Problemgruppe. Im vergangenen Jahr gab es in NRW 3.969 mehrfachtatverdächtige Kinder und Jugendliche, die rund 30.000 Straftaten begingen. Damit verübten sechs Prozent der tatverdächtigen Kinder und Jugendlichen fast ein Drittel aller Straftaten ihrer Altersgruppe. Kriminalprävention muss deshalb so früh wie möglich gezielt ansetzen.

Typische Lebensläufe beginnen meist in deprimierenden Lebensumständen, sozialen Brennpunkten und in völlig überforderten Familien. Vielfach sind es Kinder von Alleinerziehenden. Oft sind die Eltern arbeitslos. Die Familie hat ständig finanzielle Sorgen. Manchmal ist Alkohol im Spiel oder andere Drogen. Jugendämter kennen solche Verhältnisse. Die Indizien, die sie aufhorchen lassen, lauten: strukturloser Alltag, Konsum von Drogen, Armut, physische oder emotionale Vernachlässigung, straffällige Familienangehörige, Gewalterfahrungen im familiären Umfeld, geringe Erziehungskompetenz der Eltern, familiäre Konflikte, ein problematisches, kriminalitätsbelastetes Wohnumfeld ➤



Hier kommt zu allen drei Bildern noch die passende BU



und Schuleschwänzen. Je mehr dieser Gefährdungsfaktoren vorhanden sind, desto höher ist das Risiko, straffällig zu werden und in die Kriminalität abzugleiten.

Es ist für Kinder und Jugendliche schwer, unter solchen Verhältnissen unbekümmert und unbelastet aufzuwachsen. Der Frust der frühen Jahre entlädt sich oftmals in Aggressivität, im ungünstigen Fall kommen Straftaten hinzu. In ihren Gangs erfahren sie Bestätigung für ihren vermeintlichen Mut und ihre Unerschrockenheit. Manche Straftat ist eigentlich bloß eine Mutprobe, um wenigstens hier im Kreis der Freunde gelobt und anerkannt zu werden.

Das Sozialverhalten langfristig verändern

Das Programm »Kurve kriegen« basiert auf den Erkenntnissen und den Empfehlungen der Enquetekommission »Prävention«, die 2010 dem Landtag NRW ihren Abschlussbericht vorgelegt hat.

Die Zielgruppe ist eine relativ kleine Zahl von Kindern und Jugendlichen, die mindestens eine rechtswidrige Gewalttat oder drei schwere Eigentumsdelikte begangen haben und deren Lebensumstände von so vielen Problemen belastet sind, dass man ein dauerhaftes Abgleiten in die Kriminalität befürchten muss.

»Kurve kriegen« will das Sozialverhalten dieser Kinder langfristig und nachhaltig verbessern, damit sie sich in die Gemeinschaft integrieren können. Auch die Eltern sollen angesprochen und in die Arbeit einbezogen werden. Sie sollen zum verantwortungsvollen Handeln bewegt und in ihrer Erziehungskompetenz gestärkt werden.

Neben der ethischen und sozial-politischen Begründung für den präventiven Einsatz, spielt auch die dauerhaft zu erwartende finanzielle Belastung für die Gesellschaft eine Rolle. Ein Blick auf die hohe Rückfallquote von nahezu 70 Prozent nach Jugendstrafmaßnahmen macht deutlich, dass Abwarten und Wegsperrern keine Lösungen sind. Jeder einzelne Platz im Jugendstrafvollzug kostet jährlich über 36.000 Euro. Verbunden mit der oftmals mangelnden Schul- und Ausbildung der betroffenen Kinder und Jugendlichen sind die anschließenden sozialen Folgekosten für die Gesellschaft immens.

Teams aus Polizei und pädagogischen Fachkräften

In den Polizeibehörden sind für »Kurve kriegen« unter der Federführung der Polizei spezielle Teams gegründet worden, die durch eine pädagogische Fachkraft sowie einer/m Stellvertreter/in ergänzt wird. Die pädagogische Fachkraft koordiniert die Netzwerkarbeit und steht in enger Abstimmung mit den Jugendämtern. Die Fachkräfte sind von ihrem beruflichen Profil her Sozialpädagogen, Sozialarbeiter oder Psychologen, die aufgrund ihrer bisherigen Tätigkeit mehrjährige Erfahrungen im Umgang mit der Zielgruppe haben.

Die pädagogischen Fachkräfte suchen den direkten Kontakt mit den betroffenen Familien und holen dort die Einwilligung ein, um für jeden Einzelfall die passenden pädagogischen Maßnahmen veranlassen zu können. Das Angebot ist freiwillig, aber die Maßnahmen sollen mindestens zwei Jahre dauern. In den acht Modellbehörden wurden bereits die ersten Familien angesprochen.



Coolness- und Anti-Gewalttrainings

Für die Teilnehmer der Initiative »Kurve kriegen« steht den Fachkräfteteams der Polizei ein Baukasten mit verschiedenen Kompetenztrainings und Maßnahmen regionaler Anbieter zur Verfügung. Dabei handelt es sich zum einen um bereits evaluierte pädagogische Programme, die darauf abzielen, soziale Kompetenzen zu erwerben, wie beispielsweise Coolnesstraining oder Anti-Gewalttraining. Durchgeführt werden die Trainings durch professionelle Trainer. Zum anderen handelt es sich um präventive Angebote zur dauerhaften sozialen Integration wie beispielsweise Lernhilfen, Sprach- oder Sportkurse.

Darüber hinaus können den Familien bei Bedarf weitere Ansprechpartner beispielsweise im Bereich Schuldenberatung oder der Drogenberatung vermittelt werden. Die Fallbegleitung soll mindestens zwei Jahre dauern. In den acht Modellbehörden sind erste Familien angesprochen worden. Die Resonanz ist äußerst positiv. Inzwischen nehmen bereits jeweils bis zu 20 Kinder an »Kurve kriegen« teil und lassen sich auf die verschiedenen Angebote ein.

Das Konzept der Initiative "Kurve kriegen" sieht vor, dass Gefährdungs- und Risikolagen für Kinder und Jugendliche, die bereits früh und wiederholt Straftaten begehen, bei der Polizei standardisiert bewertet werden (»Risiko-Screening«). Die Polizei soll im Rahmen ihres gesetzlichen Auftrages zur Gefahrenabwehr die kriminalitätsgefährdeten Kinder besonders in den Blick nehmen und durch unterstützende Maßnahmen vor einem weiteren Abgleiten in die Kriminalität bewahren.

»Kurve kriegen« ist ein Programm mit langfristiger Perspektive und basiert auf dem Prinzip der Freiwilligkeit. Die Polizei sucht die betroffenen Familien auf. Nur wenn diese ihr schriftliches Einverständnis geben, suchen die pädagogischen Fachkräfte den direkten Kontakt und stehen den Familien und insbesondere den Kindern und Jugendlichen als permanenter Ansprechpartner zur Verfügung. Sie gehen hin und schauen nach den Ursachen, um für jeden Einzelfall die passenden pädagogischen Maßnahmen veranlassen zu können.

Die Initiative »Kurve kriegen« wird extern wissenschaftlich begleitet. Damit wird eine den Prozess begleitende und eine die Wirkung bilanzierende Evaluation durchgeführt. Diese wird durch die Zentrale Evaluationsstelle (ZEVA) des Landeskriminalamtes NRW koordiniert. Zweck der wissenschaftlichen Begleitung ist es, die Planungs-, Einführungs- und Umsetzungsprozesse in den acht Modellregionen zu bewerten. Damit werden Entscheidungshilfen vorbereitet, die eine landesweite Einführung des Konzeptes mit gesicherten Argumenten begründen können. /// **Jörg Bockow**

➞ **Ansprechpartner:**
hier fehlen noch Kontaktangaben
der Ansprechpartner mit Telefon und
Mailadressen.

»Nie wieder Kriminell?!« Initiative »Kurve kriegen« aus der Sicht eines Sozial- arbeiters im Team der Polizei

Auch Stephan Moning will die »Kurve kriegen«. Im Rahmen des gleichnamigen Projekts der Polizei in NRW steht der Sozialarbeiter seit September dieses Jahres vor der vielleicht größten Herausforderung seines Berufslebens: Der 45-Jährige will erreichen, dass die Rückfallquote von jungen Mehrfachtätern langfristig drastisch sinkt: Junge Straftäter sollen nach zweijähriger intensiver Begleitung nicht wieder in der Kriminalitätsstatistik auftauchen. Dafür arbeitet Stephan Moning jetzt Tür an Tür mit den Kollegen der Polizei.

Sein Ziel ist es, Kinder und Jugendliche, die in bedenklichem Ausmaß bereits mit dem Gesetz in Konflikt gekommen sind, so zu unterstützen, dass sie eine neue Perspektive für ein Leben ohne Straftaten haben. Der kurze Dienstweg zur Polizei und die intensive Zusammenarbeit mit den Jugendämtern in Dortmund und Lünen sollen verhindern, dass 8- bis 15-jährige Kinder und Jugendliche weiter in die Kriminalität abrutschen und dabei anderen Menschen Schaden zufügen.

Bisher führte die Entwicklung solcher Täter oft zur Verhängung von Sozialstunden oder gar ins Gefängnis. Moning weiß aus seiner bisherigen beruflichen Erfahrung, dass 70 von 100 inhaftierten Jugendlichen nach dem Gefängnis erneut gegen das Gesetz verstoßen. Vereinzelte Hilfsangebote nutzen hier langfristig wenig.

Straftaten verschaffen Anerkennung

Er kennt sie, die coolen Jungs, die sich mit Diebstählen, Einbrüchen, Raubüberfällen und Schlägereien in der Cliquen-Hierarchie von unten nach oben arbeiten. Oder die Mädchen, die in ihren Peergroups den Ton angeben wollen und deshalb Straftaten begehen. Für die Straffälligen-Hilfe »Die Brücke« in Dortmund hat der Sozialarbeiter mit Mädchen und Jungen in Kursen konfrontativ gearbeitet und damit »klare Kante« gezeigt. Doch bisher konnte Stephan Moning immer nur spät reagieren. Meist waren vor ihm schon zahlreiche Personen und Institutionen vergeblich bemüht, einen jungen Straftäter zu stoppen.

Bei »Kurve kriegen« ist das anders: Denn die Instrumente in der vom MİK gestarteten Initiative greifen schon lange vor den ersten Strafverfahren vor dem Jugendschöffengericht. »«Kurve kriegen« ist diesem Schritt vorgeschaltet«, sagt Stephan Moning über die mit der Medizin vergleichbare »Früherkennung«: Je eher eine Krankheit erkannt wird, umso besser kann sie therapiert werden. Für die Jugendkriminalität gilt: »Je älter die Jugendlichen sind, umso schwieriger sind sie für uns erreichbar.«

Familien im Fokus

»Der Vorteil von »Kurve kriegen« ist, dass wir nun früh auf die auffälligen Kinder und Jugendlichen zugehen und an den Ursachen arbeiten können«, so der Sozialarbeiter über den Zeitvorteil. In den meisten Fällen erkennt bereits die Polizei bei einem Hausbesuch in der Familie, dass dort die Wurzeln der Probleme liegen. Die Initiative »Kurve kriegen« nimmt deshalb die Familie mit in den Fokus und bietet gezielt Unterstützung an – früh und unbürokratisch.

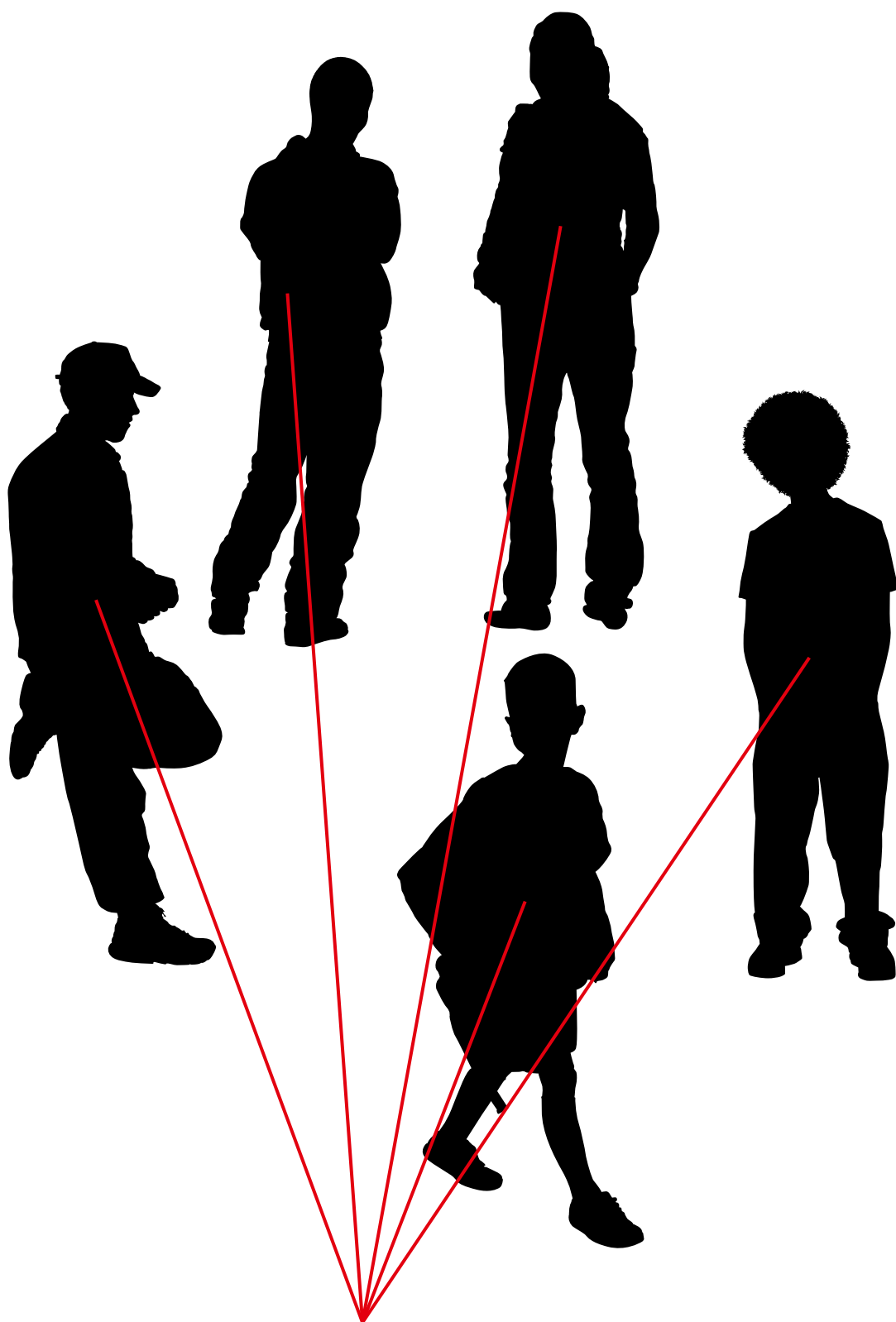
Alkohol und Gewalt in der Familie, alleinerziehende Mütter oder Väter, mehrere Geschwister, keine Lust auf Schule, Versagensängste: Jungen und Mädchen, die in Schule und Familie untergehen, holen sich ihre Bestätigung auf der Straße, auch über Kriminalität. »Beim Raub steht deshalb nicht zwangsläufig der Besitz eines teuren Handys im Vordergrund«, erläutert Moning den Ansatz seiner Arbeit. Durch persönliche Gespräche mit der Familie und die Angebote zur Unterstützung werden nun frühzeitig neue Perspektiven eröffnet, die von den Familien gut angenommen werden.

Neue Wege gehen

Stephan Moning muss erkennen können, warum ein Kind eine Straftat begeht, also intensiv mit dem Kind an den Ursachen arbeiten. Hierbei ist für ihn die Zusammenarbeit im Team der Polizei neu und für alle Beteiligten gewinnbringend. Dies bestätigt auch Kriminalhauptkommissar Rainer Nehm: »«Kurve kriegen« ist ein neuer Ansatz für die Polizei, um zielgerichtet und intensiv kriminalpräventiv tätig zu werden.«

Bei der auch für Lünen zuständigen Dortmunder Polizei hat Rainer Nehm »Kurve kriegen« über Monate vorbereitet. Durch ein »Screening« am Computer erkennt der Jugendschutzbeauftragte die jungen Klienten und holt sie ins Projekt. Dass »Kurve kriegen« kein reiner PC-Job ist und wie gut das Projekt ankommt, beweisen die Rückmeldungen der Kolleginnen und Kollegen in den Polizei- und Kriminalinspektionen. Jugendkontaktbeamte, Sachbearbeiter aus Kommissariaten und der Bezirksdienst rufen ihn an: »Rainer, ich glaub, ich hab da jemanden für »Kurve kriegen«.«

Peter Bander mann



@ Nähere Informationen
zur Initiative »Kurve kriegen«
finden Sie im Internet unter
www.kurvekriegen.nrw.de





hier fehlen noch BU's

Führung ist nicht Selbstzweck

Fachtagung »Führung stärken!« in Essen

»Konstruktive Kritik ist nicht nur zulässig, sondern ausdrücklich erwünscht.« Mit diesen Worten gab Innenminister Ralf Jäger der Veranstaltung in seiner Begrüßungsrede einen wichtigen Impuls. Denn die Fachtagung »Führung stärken!« behandelte die Bandbreite von Herausforderungen, die Führung bei der Polizei ausmachen, aus verschiedenen Blickwinkeln und mit ganz unterschiedlichen Vorzeichen. Dieter Wehe, Inspekteur der Polizei in Nordrhein-Westfalen, erwartete sich denn auch »keine Jubelveranstaltung«, sondern eine offene und konstruktive Diskussion darüber, »wo wir Erfolge, und wo wir noch Probleme haben.«

Die Tagung fand Anfang November im »Haus der Technik« in Essen statt. Fast 400 Kolleginnen und Kollegen – alle in Führungsverantwortung – waren gekommen, um sich auszutauschen und von einem anspruchsvollen Tagungsprogramm inspirieren zu lassen. Es umfasste die Präsentation von sechs Praxisbeispielen, den Vortrag des Managementberaters Reinhard K. Sprenger und eine Podiumsdiskussion.

Dieter Wehe machte in seiner Einführung deutlich, dass Führung bei der Polizei durch vielfältige Erwartungen gekennzeichnet ist. Neben den Erfordernissen, die die Organisation selber formuliert, seien es nicht zuletzt die Erwartungen der Kolleginnen und Kollegen, die diese Aufgabe bestimmen. Führung bestehe in ihrem Kern darin, Verantwortung sowohl für das Team als auch für jeden Einzelnen zu übernehmen. Dabei komme es

auf die Haltung, die innere Einstellung und darauf an, wie sich Führung erklärt. Sinnvermittlung laute ein wichtiges Stichwort. »Unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter messen uns an dem, wie wir handeln.« Nur die Übereinstimmung von Wort und Tat führe zu Akzeptanz und Motivation.

Wehe listete einige Kriterien auf, an denen Führungskräfte zu messen sind. »Vertrauen ist eine Voraussetzung von Führung«, sagte der Inspekteur und erläuterte: »Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter folgen uns, weil sie uns vertrauen, zugleich wollen und brauchen sie aber in wachsendem Maße auch Autonomie und Gestaltungsraum.« Wehe spielte damit auf neue Organisationsstrukturen und die Einführung der sogenannten zweigeteilten Laufbahn an. Dies verändere die Rahmenbedingungen von Führung erheblich.

Ein wichtiges Merkmal von Führung sei zudem, Konflikte auszuhalten und trotz unterschiedlicher Standpunkte eine klare Linie zu verfolgen. Das sei nicht immer ganz einfach, räumte Wehe ein, daher müssten Führungskräfte auch »belastbar sein« und sich zugleich ihre »innere Unabhängigkeit« erhalten.

Manche Herausforderung entstünde freilich dort, wo divergierende oder gar rivalisierende Interessen auf die Führungskraft einwirken. Wehe sieht die Notwendigkeit, mitunter einen Spagat machen zu müssen. Denn einerseits »müssen wir das Ganze sehen«, das Machbare und die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen berücksichtigen, andererseits gehe es häufig darum, kompromissfähig zu sein, um zwischen den Interessen zu vermitteln.

Innenminister Ralf Jäger setzte sich mit der Fähigkeit auseinander, gemeinsame Lösungen zu erarbeiten. Wer gut führen wolle, der müsse kompromissfähig sein. »Ich bin mir sicher, dass es in unserer Gesellschaft mehr faule Kompromisslosigkeit als faule Kompromisse gibt.«



Jäger betonte die Bedeutung von Führung für das Gelingen der polizeilichen Aufgabe. »Führung darf nie Selbstzweck sein.« Sie habe ganz viel mit Verantwortung zu tun. Dabei solle man sich nichts vormachen, denn das Rollen- und Selbstverständnis der Führungskräfte habe eine große Wirkung nach innen und nach außen. Es sei unabdingbar für die Motivation der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und habe einen großen Einfluss auf das Image, das Polizei in der Öffentlichkeit habe.

Der Minister betonte die Bedeutung von Auseinandersetzung und Gespräch. »Ich möchte einen intensiven Dialog über die Hierarchiegrenzen hinweg, weil nur im Dialog miteinander die besten Ergebnisse entstehen.« Jäger appellierte an die anwesenden Führungskräfte »Dabei sollen Sie nicht kritiklos sein oder werden.«

Er setzte sich auch mit den Erwartungen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auseinander. Er griff dazu Ergebnisse aus den landesweiten Befragungen auf, die in den Jahren 2002 bis 2005 durchgeführt wurden und schlussfolgerte: »Im Grunde ist es nicht so schwierig: Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter möchten als mündige Menschen anerkannt und behandelt werden, Wertschätzung und Anerkennung erfahren, wollen Führungskräfte mit klarer Linie haben, die nicht taktieren, und sie möchten umfassend informiert und einbezogen werden.«

Abschließend warf er auch einen Blick in die Zukunft und auf die sich verändernden gesellschaftlichen Rahmenbedingungen. Führung sei für ihn daher auch nichts Statisches, sondern Veränderungen unterworfen. Vor diesem Hintergrund forderte er die Anwesenden auf, neugierig zu sein und neugierig sowie lernfähig zu bleiben.

»Wir wissen aus der Wissenschaft überhaupt nicht, was Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter motiviert. Allerdings wissen wir ziemlich genau, was sie demotiviert. Wenn Führungskräfte also letzteres unterlassen, kommen sie damit schon relativ weit.«

Mit besonderem Interesse verfolgten die rund 400 Führungskräfte anschließend die sechs ausgewählten Praxisbeispiele. Sie wurden mit großem Applaus bedacht. Insbesondere die kritischen Töne und klaren Worte, mit denen Heinz Sprenger aus Essen in seinem Vortrag unter dem Titel »Niemand aufgeben« seine Erfahrungen reflektierte, wurden begeistert aufgenommen. Die Einschätzungen schienen vielen Anwesenden direkt aus dem Herzen zu sprechen. Aber auch die sehr konkreten Erfahrungsberichte der weiteren Referenten kamen bei den Zuhörern sehr gut an. Dass angesichts der spannenden Berichte der Zeitplan der Tagung aus dem Takt kam, mochte niemand kritisieren – so nah, so persönlich und so eindringlich wurden die Praxisberichte vorgetragen.

»Es ist das konkrete Verhalten der wertsetzenden Persönlichkeit im Konfliktfall, was Mitarbeiterinnen und Mitarbeiterinnen genau wahrnehmen und damit wissen, wie das Unternehmen tickt. Daher entscheidet sich das Thema Führung nicht bei schönem Wetter, sondern ausschließlich im Konflikt und in der Krise.«

EPHK Ralf Feldmann aus Gelsenkirchen berichtete unter dem Titel »Ich hatte Glück, dass ich keinen Urlaub hatte« über die Messerattacke, bei der im Sommer dieses Jahres in Gelsenkirchen eine Polizistin und ein Polizist in einen Hinterhalt gelockt und anschließend schwer verletzt worden waren. Feldmann hatte als Vorgesetzter unmittelbar und spontan auf die Nachricht von dem Anschlag reagiert und der Dienstgruppe noch in der Nacht und an den folgenden Tagen zur Seite gestanden. Er appellierte eindringlich an das Auditorium, gerade in einem solchen Fall Führungsverantwortung zu zeigen: »Die Kolleginnen und Kollegen erwarten, dass Sie zur Stelle sind und mit Ihnen gemeinsam das Ereignis aufarbeiten!« >



hier fehlen noch BU's

»Aus der Perspektive der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter repräsentieren Sie als Führungskraft den institutionellen Rahmen.«

Unter dem Titel »Alle gegen einen« berichtet KHK Ingo Thiel über seine Führungsarbeit in der SOKO Mirco, die in Mönchengladbach mit dem Einsatz von 65 Mitarbeitern an 145 Tagen rund 9.000 Hinweisen nachgegangen und die Ermittlungen im Mordfall des zehnjährigen Jungen zum Erfolg geführt haben. Thiel schilderte, wie er die neuen und fremden Kolleginnen und Kollegen aus unterschiedlichen Dienststellen zusammengeführt und zu einem hohen Leistungseinsatz motiviert hat. Seine Resümee: Es sind die kleinen Dinge und vor allem die Umgangsformen, die die Zusammenarbeit der SOKO bestimmt haben. »Die kosten kein Geld, tun nicht weh und haben eine immense Wirkung.«

»Wenn Sie eine gute Führungskraft sein wollen, dann müssen Sie sich wie ein Gastgeber verhalten: Der andere muss sich willkommen fühlen. Der muss das Gefühl bekommen, dass Sie ihn nach seinen besten Leistungen und nach seinen Talenten einsetzen.«

EKKH Josef Schulz hatte seinem Vortrag den Titel »Sag mir einfach, was Du von mir hältst« gegeben. Darin setzte er sich kritisch mit den Beurteilungsrichtlinien und der inzwischen stark eingeschränkten Möglichkeit zur Karriereplanung auseinander. Dazu stellte er zuerst das Kommissariat für Wirtschaftskriminalität und Korruption beim PP Mönchengladbach mit seinen hochspezialisierten Kolleginnen und Kollegen vor. Er habe es geschafft, schätzte er seinen Alltag ein, trotz Funktionszuordnung und Beurteilungsrichtlinien – also einschränkender Rahmenbedingungen – ein motiviertes und engagiertes Team zusammenzuhalten. »Die einseitige Veränderung der Geschäftsbedingungen« habe schließlich sogar dazu geführt, dass einer der »qualifiziertesten Kollegen als Fehlsitzer diffamiert« werde. Beförderungsmöglichkeiten seien in seinem Kommissariat auf Jahre nicht mehr gegeben. Eine zusätzliche Motivation biete zudem das interne Beurteilungsverfahren, bemerkte Schulz ironisch. Inzwischen haben er und seine

Mitarbeiter sich auf die Strukturen eingestellt. Schulz stellte dar, dass es für seine Mitarbeiter wichtig sei, ein persönliches Feedback von ihm als Vorgesetzten zu bekommen, unabhängig von einem Beurteilungsergebnis. Er stehe für Offenheit und Transparenz, der werde er allerdings nur in einem persönlichen Gespräch gerecht werden, da Funktionszuordnung und Beurteilungsrichtlinien zunächst anderen Kriterien unterworfen seien.

»Ihre Leistung als Führungskraft ist immer eine mittelbare. Es kommt darauf an, dass Sie die Leistung von anderen zum Einsatz bringen und andere damit zur Geltung kommen.«

Unter dem kryptischen Titel »Rettet die Wale« stellte PHK Alexander Fenske aus Paderborn das durchaus kreative und nachahmenswerte Gesundheitsmanagement seiner Dienststelle vor. Dem »Aktionsplan gegen den Winterspeck« haben sich schließlich alle Kolleginnen und Kollegen angeschlossen, um etwas für die körperliche Fitness zu tun. Man habe sich gemeinsam ein ehrgeiziges Ziel gesteckt und habe es im Team gemeinsam erreicht. Dass darüber der Teamgeist, das Wir-Gefühl und das Selbstwertgefühl jedes Einzelnen gestärkt worden sind, war ein willkommener Nebeneffekt. Er motiviert übrigens inzwischen auch zur regelmäßigen Fortsetzung des Programms, das jeweils mit einer Teilnahme des Teams am Paderborner Osterlauf gekrönt wird.

»Leistungsbereitschaft ist Sache des Einzelnen. Freiraum zu geben, ist Sache der Führung.«

PHK Andreas Schwarzer vom PP Köln setzte sich unter dem Titel »Eigelstein« mit dem Thema Offenheit und Ehrlichkeit auseinander. Er habe miterleben müssen, wie sechs Polizeibeamte der Kölner Wache Eigelstein wegen »Körperverletzung im Amt mit Todesfolge« angeklagt und verurteilt worden sind, was schließlich auch



zu Angst bei seinen Kolleginnen und Kollegen und zu schweren Belastungen im ganzen Team geführt habe. Um diese demotivierenden Faktoren zu minimieren habe er damit angefangen, die schwierigen Dienste in dem herausfordernden Umfeld am Eigelstein mit seinen vielen Auseinandersetzungen und Schlägereien systematisch nachzuarbeiten. Dabei gehe es ihm darum, »aufzufangen statt fallen zu lassen«. Damit wurde ein Frühwarnsystem aufgebaut, um etwaigen gewaltsamen Auseinandersetzungen vorzubeugen. Frust sei in einem solchen gesellschaftlichen Umfeld wie dem Eigelstein in Köln mitunter unumgänglich, aber nur mit Offenheit könne man in solch schwierigen Situationen als Führungskraft eingreifen und seinen Mitarbeitern helfen. Auch das Angebot der PI-Leitung, aufkommende innerdienstliche Gerüchte mitzuteilen und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern dazu eine Rückmeldung zu geben, hat die Kultur des Miteinanders und den respektvollen gegenseitigen Umgang gefördert.

»Wenn Sie wirklich Führungskraft sein wollen, dann müssen Sie Menschen lieben. Sie müssen in der Lage sein, Beziehungen aufzubauen und die Möglichkeiten Ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu fördern.«

Der anschließende Vortrag des Managementberaters Dr. Reinhard K. Sprenger wusste einige der als selbstverständlich angenommenen und vorher verschiedentlich geäußerten Positionen zum Thema Führung provokant aufzunehmen und zu hinterfragen. Sprenger nutzte in seinem Referat »Das Kerngeschäft der Führung – Widersprüche und Paradoxien« pointierte und provozierende Formulierungen, wobei den Anwesenden mitunter das Lachen im Hals stecken blieb und sie die Zustimmung zu manchen Schlussfolgerungen verweigerten. Dabei erwiesen sich die Positionen des Referenten als ergiebiger Gesprächsstoff und Diskussionsgrund. In der anschließenden Pause wurde gerade über seine Thesen und Schlussfolgerungen kontrovers diskutiert.

In der abschließenden Podiumsdiskussion wurden die unterschiedlichen Aspekte noch einmal aufgegriffen und zusammengeführt. Auf dem Podium bezogen Inspekteur Dieter Wehe, Landeskriminaldirektor Dieter Schürmann, der Vorsitzende des

PHPR Arnold Plickert und der Managementberater Dr. Reinhard K. Sprenger Stellung zu den aufgeworfenen Fragen.

Landeskriminaldirektor Dieter Schürmann resümierte am Ende des Tages, die wesentlichen Schwerpunkte und herausragenden Merkmale aller vorangehenden Beiträge. Er stellte dabei besonders heraus, dass die Vielfalt der damit aufgezeigten Problemfelder und Lösungsansätze verdeutlicht hatte, dass Führungskräfte damit fachlich wie persönlich besonderen Anforderungen gerecht werden müssen. Ein wichtiges Fazit sei also: »Wer führen will, der muss es auch wirklich wollen. Man muss dazu stehen, man muss es manchmal auch aushalten können.« Die Spannungsfelder des Führungsprozesses könne man aber niemandem ersparen. An das Auditorium appellierte er eindringlich: »Bitte verstehen Sie Führung so umfassend wie wir Sie Ihnen an diesem Tage vorgestellt haben.« Dabei gehe es nicht zuletzt darum, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern auch die gesellschaftlichen Hintergründe und Zusammenhänge von Entscheidungen deutlich zu machen. »Polizei ist eingebettet in das Zentrum der Gesellschaft.« Schürmann forderte die Kolleginnen und Kollegen auf, den in Essen begonnenen Dialog weiter fortzusetzen und kündigte an, dass man die Ergebnisse der Diskussionen sorgfältig auswerten und dann zurückspiegeln wolle. ///

Hier fehlt der Autor Zitate: Reinhard K. Sprenger



hier fehlen noch BU's

DAS KERNGESCHÄFT DER FÜHRUNG – WIDERSPRÜCHE UND PARADOXIEN

Nicht alle Thesen sind auf die Polizei NRW übertragbar. Bereits mit den ersten Sätzen seines Vortrages formulierte Dr. Reinhard K. Sprenger, bekannter Buchautor und Managementberater von großen Industrieunternehmen, provokante Thesen zum Thema »Führung« aus unterschiedlichen Perspektiven. Dabei setzte er eine methodisch und didaktisch provozierende Vortragstechnik ein, um der Organisation und den Führungskräften der Polizei einen Spiegel vorzuhalten und zu einem nachhaltigen Gedankenaustausch anzuregen.

Er vertrat den Standpunkt, dass die institutionellen Rahmenbedingungen als »weicher Faktor« signifikant beeinflussbar seien, nicht aber das Individuum. Aus der Perspektive von Mitarbeitern seien Führungskräfte im Übrigen

Institution und Individuum gleichzeitig.

In diesem Zusammenhang sprach Sprenger von der »guten Absicht« der anderen Referenten, äußerte dabei aber Zweifel an der »guten Konsequenz« des Gesagten. Zu Beginn der Podiumsdiskussion und im Schlusswort wiesen Inspekteur Dieter Wehe und Landeskriminaldirektor Dieter Schürmann darauf hin, dass in der Fachtagung bewusst die individuellen Einflussmöglichkeiten von Führung im Vordergrund standen. Insbesondere die dargestellten Praxisbeispiele seien ein Beleg dafür, dass Führungsverhalten ein Schlüsselfaktor für Leistung und Leistungsverhalten sei. Nicht alle Thesen von Reinhard K. Sprenger seien eins zu eins von Wirtschaftskonzernen auf die Polizei NRW übertragbar.



Sieben Themeninseln Inhaltliche Vertiefung zentraler Aspekte des Themas »Führung stärken«

Aufstieg vom gehobenen Dienst in den höheren Dienst – Dialog g. D. – h. D. fördern

Als Einstieg in Gespräche und Diskussionen wurden folgende Aussagen und Aspekte visualisiert

- > Steigerung der Zulassungszahlen von Ratsbewerberinnen und Ratsbewerbern in den kommenden Jahren wegen steigender Pensionierungen
- > Erkennen und Fördern geeigneter Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für den h. D. durch gezieltes Ansprechen geeigneter Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für eine Bewerbung
- > Fördern und Fordern dieser Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter innerhalb und außerhalb der eigenen BOE
- > Informationsveranstaltungen
- > Führung aus einer Hand bedingt
- > die offene Kommunikation in Führungsfragen und eine enge Koordination und Abstimmung zwischen den Führungskräften h. D. und g. D.
- > Bereitschaft zu Kompromissen von beiden Seiten

Wo drückt der Schuh?

Vor Beginn der Veranstaltung und im Rahmen der Präsentation bestand die Gelegenheit, eigene Diskussionsbeiträge für die geplante Podiumsdiskussion zum Thema »Führung« einzubringen.

An einer Metaplanwand gab es die Möglichkeit zu Fragen, wie z. B. »Wie zufrieden bin ich als Führungskraft der Polizei NRW?« Stellung zu nehmen. Auf Moderationskarten konnte festgehalten werden, was gewünscht wird, um weiterhin erfolgreich als Führungskraft arbeiten zu können.

Behördliches Gesundheitsmanagement (BGM) Polizei

In der Themeninsel wurden die Rahmenkonzeption und Handlungsfelder des Gesundheitsmanagements der Polizei NRW vorgestellt und Informationen über die Rolle, das Selbstverständnis, die Verantwortung sowie Chancen und Einflussmöglichkeiten von Führungskräften im Gesundheitsmanagement aufbereitet.

Führung und Ethik

An dieser Themeninsel standen die berufsethischen Aspekte im Vordergrund. Mit Hilfe einiger Exponate aus dem »Grenzgang« des LAFP wurden die Bezüge zum Thema »Verantwortliche Wahrnehmung von Führung« erläutert und diskutiert.

Betreuung von Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten nach besonders belastenden Ereignissen

Teammitglieder des Betreuungsteams der Polizei NRW informierten über die Arbeits- und Handlungsfelder unter dem Aspekt »Betreuung ist Führungsaufgabe«.

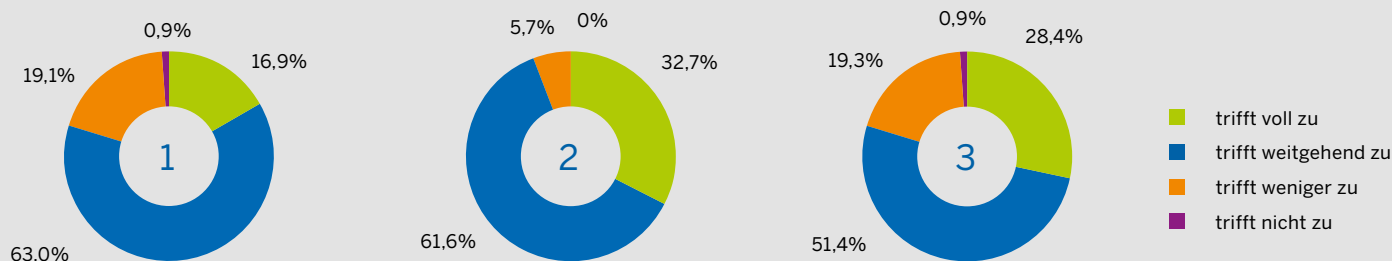
Internationale Polizeimissionen – Gewinn und Nutzen für die Polizei

Das Konzept dieser Themeninsel stellte die erforderlichen persönlichen Kompetenzen dar, um den Gewinn und Nutzen der Polizeimissionen auch für den beruflichen Alltag der Polizei zu verdeutlichen. Darüber hinaus wurde die Bedeutung der »Betreuung« durch Führungskräfte der eigenen Kreispolizeibehörde und die Wiedereingliederung nach Missionsrückkehr thematisiert.

Fortbildungsangebote des LAFP NRW

Seminarangebote des LAFP NRW, die ganz konkret dazu dienen Führungskräfte zu unterstützen und zu stärken, wurden visualisiert und über die Inhalte informiert. ///

Jürgen Lankes



Frage 1: Ich habe in der Veranstaltung Anregungen bekommen, die mich in meiner Funktion als Führungskraft stärken.

Frage 2: Der inhaltliche Aufbau der Veranstaltung war angemessen.

Frage 3: In der Veranstaltung hatte ich ausreichend Gelegenheit zum Dialog/Erfahrungsaustausch.

Engagiertes und weitgehend positives Feedback 314 Rückmeldebögen wurden ausgewertet

Die Teilnehmer nutzen intensiv die Möglichkeit der Diskussion und des Erfahrungsaustausches zu den Themen und Inhalten der Fachtagung. Am Veranstaltungstag gab es viele direkte Rückmeldungen an die Organisatoren und an die Referenten.

Die zahlreichen Anrufe und Mails, die die Referenten in den Tagen nach der Fachtagung erreichten, sowie das Informationsbedürfnis in den Polizeibehörden zu Inhalten und Ablauf der Fachtagung zeigen, dass die Veranstaltung zum Thema »Führung stärken!« auf eine breite und hierarchieübergreifende Resonanz gestoßen ist. Weiterhin wurden Teilnehmer der Fachtagung gebeten, ihre persönlichen Rückmeldungen zur Veranstaltung mitzuteilen. Von den rund 400 Teilnehmenden wurden 314 Rückmeldebögen ausgefüllt. Die überwiegend positiven Rückmeldungen können den obenstehenden Schaubildern entnommen werden.

Hier folgt eine Auswahl von persönlichen Anmerkungen auf den Rückmeldekarten. Sie gibt einen Überblick zum Meinungsspektrum:

- > Regelmäßige Veranstaltungen für Führungskräfte wären wichtig (alle drei Jahre)
- > Erforderlich wäre eine Mitarbeiterbefragung aller Führungskräfte
- > Schade, dass es bei der offenen Diskussion überwiegend um A 12 und A 13 ging. Wenn das die größte Sorge ist, ist alles gut.
- > Dialog und Erfahrungsaustausch in solch einer großen Gruppe schwierig.
- > Dr. Sprenger hat interessanten Spiegel vorgehalten
- > Thema für eine Tagesveranstaltung zu komplex
- > Über den Tellerrand gucken, Diskussionsfragen am Thema vorbei
- > Dr. Sprenger war indiskutabel
- > War über die offene Art überrascht
- > Zeit für Podiumsdiskussion zu kurz
- > Kompliment für die Referentenauswahl
- > Wider Erwarten eine kurzweilige Veranstaltung
- > Hoffentlich sind die kritischen Botschaften auch wirklich angekommen
- > Wiederholenswerte Veranstaltung
- > Vortragsteil erfrischend anders
- > Themeninseln fanden kein oder wenig Interesse
- > Die Kernaussagen von Dr. Sprenger wurden von den Vertretern des MIK tatsächlich verstanden.
- > Sehr positiv war die deutliche Vielfalt der Beiträge.

Gewalt

NRW-STUDIE SOLL WICHTIGE ERKENNTNISSE ÜBER GEWALT GEGEN POLIZEIBEAMTE LIEFERN

Kernelement der Studie ist eine themenbezogene Online-Befragung aller Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten in NRW zu den Leitthemen Betreuung/Fürsorge, Aus- und Fortbildung, Nachbereitung, Belastung und Ausstattung. Die Projektgruppe unter der Leitung von LPD Uwe-Ulrich Gebranzig vom Landesamt für Ausbildung, Fortbildung und Personalangelegenheiten (LAFP) hat die umfangreichen Vorarbeiten für die NRW-Studie weitestgehend abgeschlossen.

Die unabhängige wissenschaftliche Begleitung der Studie übernimmt Prof. Dr. Thomas Bliesener vom Institut für Psychologie der Christian-Albrechts-Universität Kiel. Er ist

für die inhaltliche Ausgestaltung, Durchführung und Auswertung der Studie verantwortlich.

Die Online-Befragung wird durch den Landesbetrieb Information und Technik Nordrhein-Westfalen (IT.NRW) voraussichtlich vom 22. Februar bis 1. April 2012 durchgeführt. Sie wird durch eine nachfolgende, qualitative Befragung zu ausgewählten Fragestellungen ergänzt. Die Anonymität der Befragten und der Datenschutz sind sichergestellt.

Die ersten Ergebnisse liegen voraussichtlich im Herbst 2012 vor.

Ausführliche Informationen zur Studie und zur Online-Befragung erhalten Sie in der nächsten Ausgabe der Streife.

Vorbildliches Engagement: Für mehr Sicherheit »Landespreis Innere Sicherheit 2011« an drei Projekte in NRW verliehen



Hier kommt noch eine Bildunterschrift

Wo es den Kommunen unter den Nägeln brennt, sind vielfach sogenannte »Ordnungspartnerschaften« aktiv. Sie kümmern sich um die Lebensqualität vor Ort, das konfliktfreie Zusammenleben unterschiedlicher gesellschaftlicher Gruppen und nicht zuletzt um das Sicherheitsbedürfnis der Bürgerinnen und Bürger im Land. In NRW sind in den vergangenen Jahren mehrere hundert dieser Netzwerke für öffentliche Sicherheit und Ordnung entstanden. Seit 2003 werden jährlich besonders interessante, kreative und erfolgreiche Ordnungspartnerschaften mit dem »Landespreis Innere Sicherheit« ausgezeichnet.

Am 21. November 2011 wurden die aktuellen Preisträger von Ralf Jäger, dem Innenminister des Landes NRW, in Düsseldorf prämiert: Netzwerke, die beispielhafte Ordnungspartnerschaften im Sinne einer bürgerorientierten, rechtsstaatlichen und professionellen Arbeit entwickelt und erfolgreich umgesetzt haben. »Insgesamt hatten sich 2011 acht Ordnungspartnerschaften um

den Landespreis beworben. »Die drei in diesem Jahr ausgezeichneten Netzwerke zeigen eindrucksvoll, mit wie viel Engagement, Kreativität und vor allem mit wie viel Gespür für das konkrete Sicherheitsbedürfnis vor Ort gehandelt wird«, freute sich Innenminister Jäger.

»Integration und Prävention« in Ratingen-West

Die Ordnungspartnerschaft »Integration und Prävention – Stärkung der Gemeinwesenarbeit in Ratingen-West« zielt auf die Förderung und Verbesserung der Lebensqualität der Menschen in diesem Stadtteil ab. Um dieses Ziel zu erreichen, arbeiten Vertreterinnen und Vertreter der Ordnungs- und Sozialbehörden der Stadt Ratingen und der Kreisverwaltung, der Wohlfahrtsverbände, der Wohnungsbau-träger und der Polizei eng zusammen. An einem Runden Tisch entwickeln sie Maßnahmen zur Förderung des Stadtteils, die dann gemeinsam umgesetzt werden.

Das Projekt wurde im März 2007 von der Stadt Ratingen ins Leben gerufen und als Kooperationsprojekt durch Mittel der Stadt und des Kreises Mettmann finanziert. Die Stadt reagierte damit auf die schwierige Lage in dem in den 1960er

Jahren gegründeten Stadtteil, der sich in den vergangenen Jahren immer mehr zu einem sozialen Brennpunkt entwickelt hat.

Aufgabe und Ziel der Arbeitsgruppe war es unter anderem, als bedrohlich empfundene Plätze und Situationen zu entschärfen. Durch ein verbessertes Beleuchtungskonzept, durch Rückschnitt von Gehölzen sowie eine konsequente Straßenreinigung insbesondere rund um den Berliner Platz konnten viele sogenannte »Angsträume« so gestaltet werden, dass potenzielle Täter an diesen Orten gut gesehen werden und deshalb von möglichen Übergriffen Abstand nehmen.

Das Projekt hat sein ehrgeiziges Ziel erreicht. Man hat insbesondere Jugendliche und junge Erwachsene angesprochen, Angsträume wurden abgebaut, die Anzahl der im Stadtteil auffälligen Personen und somit auch der Pöbeleien wurde deutlich verringert. Es entstand eine größere Akzeptanz und eine erfolgreiche Vernetzung der im Projekt tätigen Akteure. Durch die Aktionen der Ordnungspartnerschaft sank die Kriminalitätsrate in dem Stadtteil: Sie ist seit Projektbeginn laut Kriminalitätsbericht auf das durchschnittliche Maß der Stadt Ratingen zurückgegangen. Die Anzahl der Beschwerden aus der Bevölkerung liegt sogar unter dem städtischen Durchschnitt.

»Sicher durch Münster« – Verkehrsunfallprävention in der »Fahrradstadt«

Die Stadt Münster liegt in der NRW-Unfallstatistik auf dem letzten Platz. In keiner anderen Kommune in NRW verunglückten mehr Menschen (pro 100.000 Einwohner). Dabei gilt Münster als die Fahrradhauptstadt. Hier liegt aber auch eine Ursache für die hohe Anzahl an Verletzten. Obwohl der Radverkehr einen Verkehrsanteil von 38 Prozent aufweist, sind Radfahrer lediglich an neun Prozent aller Unfälle beteiligt. Allerdings liegt der Anteil der Unfälle mit Radfahrerbeteiligung bei den Unfällen mit schwerem und leichtem Personenschaden bei bis zu 48 Prozent, der Anteil bei Unfällen mit Getöteten beträgt 25 Prozent.

Die Ordnungspartnerschaft Verkehrsunfallprävention wurde im Juni 2007 gegründet. Sie besteht aus 23 Mitgliedern. Daneben unterstützen mehrere Kooperationspartner die Aktionen. Unter dem verbindenden Motto »Sicher durch Münster« ist es ihr Ziel, die Verkehrssicherheit in der Stadt nachhaltig zu verbessern. Auf den Punkt gebracht: Die Zahl der Unfälle mit Personenschäden soll jährlich um durchschnittlich zehn Prozent gesenkt werden.

»Sicher durch Münster« widmet sich umfassend den Bedingungen und Ursachen des Unfallgeschehens und nutzt einen ganzheitlichen Ansatz, um dieses positiv zu beeinflussen. Zentrale Kampagnen sind neben der täglichen

Verkehrsüberwachung durch die Polizei und das Ordnungsamt regelmäßig durchgeführte Schwerpunktseinsätze. Bis August 2011 wurden 32 dieser Aktionen umgesetzt – mit wechselnden Themen und zu unterschiedlichen Anlässen.

Mit Gründung der Ordnungspartnerschaft Verkehrsunfallprävention wurde die Verkehrssicherheitsarbeit auf eine breite gesellschaftliche Basis gestellt. Das Thema Verkehrssicherheit ist in der Stadtgesellschaft fest verankert.

Im Jahr 2010 wurde erstmalig das Ziel erreicht, die Anzahl an Verkehrsunfällen mit Verletzten jährlich um zehn Prozent zu senken. Die Maßnahmen haben die Verkehrssicherheit nachweislich verbessert. Gleichzeitig besteht aber noch viel Potenzial, die Verkehrssicherheit weiter zu erhöhen.

»Arbeitskreis Polizei und Muslime« im Ennepe-Ruhr-Kreis

Der Arbeitskreis Polizei und Muslime wurde 2008 gegründet. Er hat die Aufgabe, das Miteinander von Muslimen und der Polizei im Ennepe-Ruhr-Kreis zu fördern und mit Leben zu füllen. Insbesondere verfolgt er den Zweck, durch einen intensiven Informations- und Meinungsaustausch ein gegenseitiges Verständnis zu entwickeln und daraus resultierende Probleme und potenzielle Konflikte auszumachen.

Ständige Mitglieder des Arbeitskreises sind mehrere Vertreter der Polizeibehörde,

unter anderen der Leiter des Kommissariats Vorbeugung, der Kontaktbeamte für muslimische Institutionen und der Opferschutzbeauftragte sowie die Vertreter der Moscheevereine (DITIB-Moschee Schwelm, DITIB-Moschee Gevelsberg, DITIB-Moschee Wetter, DITIB-Moschee Hattingen).

Mit einer ganzen Palette von Angeboten wendet sich der Arbeitskreis direkt an die muslimischen Mitbürger. Ihnen wird unter anderem polizeiliche Unterstützung und den Opfern von Straf- und Gewalttaten Hilfe angeboten. Außerdem werden Veranstaltungen zur Kriminalitätsvorbeugung und -bekämpfung sowie zur Verkehrssicherheit in den Moscheen durchgeführt und in den Jugendzentren und -abteilungen der Moscheevereine mit entsprechenden Angeboten und Programmen präventiv gegen Gewalt vorgegangen. Durch das vertrauensvolle Verhältnis der Mitglieder des Arbeitskreises war es in der Vergangenheit sogar möglich, auch sicherheitsrelevante Themen zu besprechen und gemeinsame Aktivitäten zu entfalten.

Die Moscheevereine zählen zurzeit rund 940 registrierte Mitglieder mit mehr als 4.000 weiteren Angehörigen. Somit werden im Ennepe-Ruhr-Kreis etwa 5.000 Muslime, das sind alle organisierten muslimischen Mitbürger, direkt oder auch indirekt über den Arbeitskreis erreicht. ///

Jörg Bockow



Hier kommt noch eine Bildunterschrift



Gewalt belastet den Fußball weiter ZIS veröffentlicht »Jahresbericht Fußball Saison 2010 / 11«

Mit einer Vielzahl von Aktivitäten und Initiativen versuchen Vereine und Verbände, Fanprojekte, Verkehrsunternehmen und die Polizei, die Sicherheit bei Fußballspielen bundesweit zu verbessern.

Doch noch kann die Zentrale Informationsstelle Sporteinsätze (ZIS) in Duisburg keine Entwarnung geben.

Die meisten Gewalttätigkeiten und Sicherheitsstörungen gibt es nach wie vor bei Spielen in den ersten beiden Bundesligen sowie bei den an diesen Standorten ausgetragenen nationalen und internationalen Wettbewerben. 846 Verletzte in der Saison 2010/11 bedeuten hier einen neuen Höchststand. Die weiteren Kennzahlen sind leicht rückläufig, bewegen sich aber seit Jahren auf einem saisonal schwankenden, jedoch tendenziell konstant hohen Niveau:

- > 6.061 Freiheitsentziehungen (-3,7 %)
- > 5.818 eingeleitete Strafverfahren (-10,7 %)
- > 1,56 Millionen Arbeitsstunden der Polizeien der Länder und der Bundespolizei (-11,3 %)

Die ZIS geht bundesweit von über 14.900 Problemfans in den Bundes- und Regionalligen aus.

Positive Entwicklung in Nordrhein-Westfalen

Für Nordrhein-Westfalen stellt sich die Entwicklung in den Bundesligen sowie in der Regionalliga in der letzten Saison deutlich positiver dar: 30 Prozent weniger Verletzte (304 Verletzte), 20 Prozent weniger Straftaten (974 Straftaten), 40 Prozent weniger Freiheitsentziehungen (1.394 Freiheitsentziehungen) und 20 Prozent weniger Einsatzstunden (384.500 Einsatzstunden) der Polizei. Dieser Trend ist vorsichtig zu bewerten.

Massive Ausschreitungen beim DFB-Pokalspiel in Dortmund

Die massiven Ausschreitungen bei der als Risikospiele eingestuften Begegnung zwischen Dortmund und Dresden am 25. Oktober 2011 haben die Diskussion um die Sicherheit bei Fußballspielen neu angeheizt. Dabei bleibt im Nachgang festzuhalten: Die Polizei Dortmund war auf diesen Einsatz gut vorbereitet. Über 1.000 Beamtinnen und Beamte waren im Dienst. Bereits im Vorfeld des Spiels wurden präventiv-polizeiliche Maßnahmen



in Zusammenarbeit mit der Polizei in Dresden getroffen. Gefährderansprachen, Bereichsbetretungsverbote sowie die Überwachung der Reisewege gehörten dazu. Ein geplanter so genannter »Fanmarsch« Dresdener Fans durch die Dortmunder Innenstadt wurde aus Sicherheitsgründen nicht zugelassen.

Als 4.500 Dynamo-Fans den Eingangsbereich des Stadions stürmen wollten, darunter ein harter Kern mit mehreren hundert gewaltbereiten bzw. gewalttätigen Personen, haben die Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten durch ihr professionelles und mutiges Einschreiten eine weitere Eskalation der Gewalt verhindert. Ihnen ist es zu verdanken, dass nicht noch mehr passiert ist.

Die im Nachgang in den Medien geführte Diskussion ist nicht hilfreich. Sie wird dem hohen Engagement der Verantwortlichen nicht gerecht. Vorschnelle Schuldzuweisungen und populistische Forderungen erschweren eine sachgerechte Auseinandersetzung.

Emotionen respektieren – aber bitte ohne Pyrotechnik

Pyrotechnik ist für die Ultras ein wichtiges Thema. Dies zeigt u. a. die Kampagne »Pyrotechnik legalisieren! – Emotionen respektieren!«. Viele zum Teil verfeindete Ultragruppierungen haben sich an einen Tisch gesetzt und diese Kampagne erarbeitet.

Das Abbrennen von Pyrotechnik ist jedoch mit erheblichen und unkalkulierbaren Gefahren für die Stadionbesucher, den Ordnungsdienst, die Rettungskräfte und die Polizei sowie Unbeteiligte verbunden.

Hohe Abbrandtemperaturen von bis zu 1.000 °C bei Magnesiumpulver und fehlende Möglichkeiten diese zu löschen führen zu schwersten Brandverletzungen und die intensive Rauchentwicklung zu Atemwegsreizungen und Rauchgasvergiftungen bei einer Vielzahl von Menschen. Knallkörper verursachen ein Knalltrauma und massive Schädigungen des Gehörorgans und bei entsprechend kurzen Entfernungen zu Verbrennungen und tiefen Schnittverletzungen durch umher fliegende Knallkörperteilchen.

Hier gibt es weder einen Diskussions- noch einen Handlungsspielraum. Pyrotechnik in Fußballstadien ist und bleibt verboten. Anfang November haben auch DFB und DFL die Diskussion um die Kampagne der Ultras beendet. Hardliner unter den Ultras fühlen sich dadurch bestätigt. Deshalb muss das Netzwerk den Ultras deutlich machen, dass dies keine Verweigerung des Dialogs ist, sondern allein eine Frage der Sicherheit. >

NRW-Initiative weist den richtigen Weg

Die vielen Verletzten sowie das Ausmaß an Aggressionen und Gewalt sind nicht hinnehmbar. Bei dieser Entwicklung dürfen wir eines jedoch nicht aus den Augen verlieren. Die Zuschauerzahlen haben erheblich zugenommen. Allein in den ersten beiden Bundesligen haben in der letzten Saison 17,4 Millionen Zuschauer die Spiele besucht. Die allermeisten Fußballfans sind friedlich und wollen begeisternde Fußball-Wochenenden erleben. Das gilt grundsätzlich auch für die Ultras. Festzustellen ist aber, dass sich immer mehr Ultras von der Gewaltlosigkeit verabschieden.

Im Rahmen der komplexen Netzwerkarbeit verfolgen die Beteiligten unterschiedlichste Interessen. Die Sicherheit ist dabei ein wichtiger Aspekt, der jedoch mit anderen Interessen konkurriert. Jeder Netzwerkpartner gestaltet in seinem Verantwortungsbereich im Rahmen seiner Kompetenzen Rahmenbedingungen für die Sicherheit. Entscheidend für die Wirksamkeit der Netzwerkarbeit ist ein abgestimmtes Handeln der Partner. Gemeinsame Leitlinien und Ziele wirken dabei entscheidend. Deshalb beschreibt der erste Baustein der NRW-Initiative die Leitlinien und Ziele für die Arbeit des Netzwerkes.

Bessere Zusammenarbeit mit Fanbeauftragten nötig

Erfolgskritisch bei der weiteren Umsetzung der Initiative sind die Optimierung der Zusammenarbeit und der Prozesse im Netzwerk. Dies betrifft insbesondere die Zusammenarbeit mit Fanbeauftragten und Sicherheitsbeauftragten der Vereine. Sie haben eine Schlüsselfunktion für die Sicherheit und sind zentrale Kooperationspartner für die Polizei. Deshalb ist die Qualifizierungsoffensive der Verbände zu begrüßen. Nur mit geeigneten und für die Aufgaben qualifizierten Personen ist eine erfolgreiche und verlässliche Netzwerkarbeit möglich.

Um die Zusammenarbeit insbesondere auf lokaler Ebene weiter zu verbessern, haben sich gemeinsame Tagungen und Konferenzen der Netzwerkpartner bewährt. So fand am 13. Oktober 2011 in Leverkusen eine Tagung der Fanbeauftragten der Vereine und Vertretern sozialpädagogischer Fanprojekte mit Einsatzleitern und szenekundigen Beamten statt.

Solche Gesprächsangebote fördern das Rollenverständnis, zeigen die Erwartungen der Teilnehmenden sowie die Möglichkeiten und Grenzen des einzelnen Netzwerkpartners auf.

Eine weitere erfolgreiche Umsetzung der Initiative hängt entscheidend davon ab, dass die Leitlinien und Ziele insbesondere auf lokaler Ebene weiter mit Leben gefüllt werden. Mehr Sicherheit bei Fußballspielen in Nordrhein-Westfalen erfordert ein kontinuierliches Engagement aller Netzwerkpartner. /// **Hans-Jörg Sommerfeld**



Die im Mai 2011 durch Innenminister Jäger vorgestellte Initiative »Mehr Sicherheit bei Fußballspielen in Nordrhein-Westfalen« will die friedlichen Fans als wichtige Partner für mehr Sicherheit gewinnen und setzt neben einer verantwortungsbewussten Fankultur auf eine exzellente Netzwerkarbeit.

Der offensive Dialog und die spieltagsbezogene Kommunikation mit den Fangruppen, die Verbesserung der Bedingungen im Fanreiseverkehr und ein differenziertes Vorgehen sind wichtige Elemente der Initiative. Sie fördern die Selbstreinigungskräfte der Fanszenen und eine verantwortungsbewusste Fankultur. Die friedlichen Fans sollen sich eindeutig von Aggressionen, Gewalt und sicherheitsgefährdendem Verhalten distanzieren.

Der positive Impuls der Initiative wirkt bis heute. Unter anderem in dem jungen Handlungsfeld Fanreiseverkehr gibt es vielfältige Aktivitäten, um die Rahmenbedingungen im Fanreiseverkehr zu verbessern und die Netzwerkstrukturen fortzuentwickeln.

@ Den ZIS Jahresbericht Saison 2010/11 finden Sie im Internet unter <http://www.polizei.nrw.de>





NRW-Polizei startet Härtetest für Digitalfunk

Der erweiterte Probetrieb bei den Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS) beginnt

Die Einführung des flächendeckenden Digitalfunks ist deutschlandweit das größte Technologieprojekt für die Innere Sicherheit. »Durch die neue digitale Technik kann die Polizei besser auf besondere Einsatzsituationen reagieren und die Kommunikation der Einsatzkräfte untereinander wird erheblich erleichtert«, erläutert Johannes Brungs, der Gesamtprojektleiter für die Einführung des BOS-Digitalfunks in NRW. Der Digitalfunk hat viele Vorteile: Endlich wird es einen abhörsicheren Polizeifunk geben. Auch die Sprachqualität wird sich verbessern. Die Kapazität und Leistungsfähigkeit des neuen Netzes ist wesentlich größer als bisher. Es ist möglich, bundesweit mit anderen BOS problemlos über Funk zu kommunizieren. Und für die Nutzer ganz wichtig: Die neuen Geräte sind wesentlich kleiner und handlicher als ihre analogen Vorgänger.

Neue Funkgeräte nach TETRA-Standard

TETRA (Terrestrial Trunked Radio – auf Deutsch etwa »landgebundener Bündelfunk«) ist ein Standard für digitalen Bündelfunk. Funkgeräte nach TETRA-Standard bieten viele Möglichkeiten. Man kann Sprechfunkverbindungen von Gerät zu Gerät herstellen, wie am Telefon, oder von einem Gerät zu beliebig vielen Empfängern, wie in der klassischen Funktechnik – abhörsicher und in bester Übertragungsqualität. Die neuen digitalen Funkgeräte erlauben aber auch Datenübertragung, den Textversand als SDS (ShortDataService) in der Art von SMS, gezielte Alarmierung und Benachrichtigung von Teilnehmern, exakte Standortmeldungen (GPS) und Notruf von jedem Endgerät. Weitere Dienste des BOS-Funks wie Telefonie oder Datenbankabfragen kommen später hinzu.

Deutschland hat sich für den TETRA-Standard entschieden, weil er speziell für die Bedürfnisse der Behörden und

Organisationen mit Sicherheitsaufgaben entwickelt wurde. Kein anderer Standard weist in Bezug auf Gruppenkommunikation, Netzverfügbarkeit – auch im Katastrophenfall – und Abhörsicherheit vergleichbare Leistungsmerkmale auf.

Digitalfunk zuerst im Großraum Düsseldorf

Für den neuen digitalen Einsatzfunk wurde NRW in zehn Netzabschnitte aufgeteilt. Der Startschuss zum erweiterten Probetrieb (ePB) fällt im Januar 2012. Zuerst wird der digitale Funk im Großraum Düsseldorf eingeführt, also in den Kreispolizeibehörden Düsseldorf, Mettmann, Neuss, Mönchengladbach und Viersen. Mit der Polizei nehmen auch die Justiz, Feuerwehr und Rettungsdienst und auch schon erste Bundesbehörden am erweiterten Probetrieb teil. Im März wird dann der Großraum Köln folgen. >



Die weiteren Abschnitte gehen dann nach und nach ans Netz bis alle Basisstationen an das bundesweite BOS-Digitalfunknetz angeschlossen sind. Die volle Verfügbarkeit des Netzes wird Mitte 2013 erreicht.

Die technische Einführung und Betreuung des BOS-Digitalfunks wird von der »Autorisierten Stelle BOS Digitalfunk NRW« (AST NRW) gewährleistet, die beim LZPD NRW angesiedelt ist.

Intensive Tests während der Probephase

Die Probephase in den einzelnen Netzabschnitten soll sechs Monate dauern. In dieser Zeit wird das neue Funknetz systematisch auf Herz und Nieren getestet. »Wir wollen Erfahrungen sammeln, technische und taktische Szenarien erproben und prüfen, ob alle von uns gestellten Anforderungen erfüllt sind«, erklärt Projektleiter Brungs. Bei dem erweiterten Probetrieb handelt es sich um eine wichtige vertragliche Regelung mit dem Hersteller für die

Abnahme des Teilsystems. »Nach den bisherigen Erfahrungen besteht bei einem Systemwechsel dieser Größenordnung in den ersten Testphasen immer die Wahrscheinlichkeit, dass Fehler und Schwächen noch auftreten«, macht Brungs deutlich. »Erst wenn alle Tests die volle Funktionsfähigkeit bewiesen haben, werden wir das Netz übernehmen.« Während des Probetriebs und auch noch einige Zeit darüber hinaus wird der analoge Funk parallel weiter zur Verfügung stehen.

Schulung nach dem Schneeballprinzip

Die Dozenten des LAFF NRW wurden bereits in Sachen BOS-Digitalfunk geschult. Sie geben ihr Wissen jetzt an die rund 200 Multiplikatoren in den Polizeibehörden und der Justiz weiter. Das LAFF NRW erstellt zu deren Unterstützung einen Leitfaden und Schulungsunterlagen für die Schulungsmaßnahmen vor Ort in den Kreispolizeibehörden. Die 45.000 Bediensteten der NRW-Polizei werden über die Multiplikatoren im Vorfeld der jeweiligen Betriebsaufnahme in ihrer Behörde geschult. Im erweiterten Probetrieb können die Nutzer dann direkt erste eigene Erfahrungen mit dem Digitalfunk und im Umgang mit der neuen Technik - auch in den Dienstkraftfahrzeugen - machen. Auch die Mitarbeiter der Einsprechstellen und Leitstellen müssen sich auf neue Gegebenheiten einstellen. Nicht nur die Bedienoberfläche wird verändert, auch die damit einhergehenden neuen Funktionalitäten werden in der täglichen Praxis andere einsatztaktische Möglichkeiten bieten.

Hohe Investitionen für neue Geräte und Verbindungen

Die Einführung ist technisch mit hohem Aufwand verbunden: Ende 2009 wurde der Vertrag für 25.000 abhörsichere Digitalfunkgeräte für die NRW-Polizei abgeschlossen. Anfang 2010 wurde durch das Land NRW ein Auftrag über rund 15 Millionen Euro für innovative digitale Leitstellentechnik erteilt, um die bisherige Leitstellentechnik in den Polizeibehörden zu modernisieren und landesweit zu vereinheitlichen.

An den landesweit 443 Basisstationstandorten musste die TETRA-Systemtechnik für den Digitalfunk geplant, genehmigt, eingebaut, installiert und angeschlossen werden. Von den 11.000 Fahrzeugen der NRW-Polizei werden 7.000 sukzessive für den Digitalfunk umgerüstet, ebenso die zahlreichen Wachen und sonstigen Funk-einsprechstellen der Polizei. /// Autor?



@ Nähere Informationen zum BOS-Digitalfunk finden Sie im Fachportal »Zentrale Aufgaben: Digitalfunk« im Intrapol.

Täter fackelt sein Haus ab

Sachverständige des LKA untersuchen bei schweren Bränden

Brandgeruch und Ruß liegen in der Luft. Beißend steigen ätzende Dämpfe in die Nase. Dort, wo gestern noch ein Wohnhaus gestanden hat, findet man heute nur Trümmer. Das Haus ist bis auf die Grundmauern niedergebrannt. Der Boden besteht aus pech-schwarzem Matsch. Verkohlte Reste, ein korrodiertes Eisenskelett und andere bizarre Formen, wohin man blickt. Flammen, aber auch Löschwasser und -schaum haben alles zerstört. Die Ruine des Hauses bietet ein Bild der Verwüstung.

Wenn Dezernatsleiter Dr. Dirk Seinsche oder einer seiner Kollegen aus dem Teildezernat 51.3 des Landeskriminalamtes für chemische und physikalische Untersuchungen gerufen werden, liegt das verheerende Feuer meist einen Tag zurück. Dann forschen die Sachverständigen und Brandursachenermittler in den durchweichten Resten nach Hinweisen für die Brandursache.

Bei Bränden mit hohen Sachschäden, Schwerverletzten oder gar Toten wird routinemäßig die Kriminalpolizei eingeschaltet. In besonderen Fällen werden die Sachverständigen des Kriminalwissenschaftlichen und -technischen Institutes (KTI) beim Landeskriminalamt Düsseldorf angefordert. Die zurückliegende Katastrophe ist dabei allorts hautnah zu spüren. »An den Anblick mag man sich ja mit der Zeit gewöhnen«, räumt Dirk Seinsche ein, »aber Brandgeruch und Gestank bleiben in der Kleidung und den Schuhen hängen. Wir sind froh, wenn zwischen zwei Einsätzen

mindestens ein Tag liegt.« Bei der Büroarbeit kann man einen Teil der Eindrücke besser abschütteln, sagt er aus Erfahrung.

300 bis 400 Fälle jährlich werden von Dirk Seinsche und seinen sechs Mitarbeitern vom Teildezernat 51.3 begutachtet. Die Bandbreite reicht vom Zimmerbrand, bei dem ein Mensch zu Schaden gekommen ist, bis hin zu einem Großbrand, die einen ganzen Industriebetrieb vernichtet hat. »Im Mittelpunkt unserer Arbeit steht die Suche nach der Brandursache«, erklärt Seinsche. Dabei werden mittlerweile akkreditierte brandanalytische Laboruntersuchungen eingesetzt, notwendig sind aber auch kriminalistische Überlegungen und langjähriges Erfahrungswissen. Hierbei muss unterschieden werden, ob es sich um einen Unfall, Fahrlässigkeit oder eine mutwillige Brandstiftung handelt.

»Brandbeschleuniger wie Benzin oder andere leicht brennbare Stoffe am Fundort sind häufig unzweifelhafte Hinweise auf ein Verbrechen«, sagt der Fachmann. »Nicht nur in diesen Fällen wird die Brandstelle mit aller Akribie untersucht.« Denn trotz aller Zerstörung lassen sich auch unter einer dicken Schicht von Schutt und Asche meist noch beweishebliche Spuren finden. Sofern sich Hinweise auf Brandstiftung ergeben, kann in diesen Fällen auch der Eigentümer von Haus, Hof oder Industrieunternehmen schnell in Verdacht und Erklärungsnot geraten. Dann wird von den ermittelnden Kollegen der Kreispolizeibehörden festgestellt, ob durch vorsätzliches Handeln vielleicht ein Versicherungsfall vorgetäuscht werden sollte. >



Was Brandstifter meist nicht wissen: Reste des eingesetzten Brandbeschleunigers lassen sich selbst in scheinbar völlig verwüsteten und ausgebrannten Brandstellen nachweisen. »Allerdings kommt uns dabei mitunter auch ‚Kommissar Zufall‘ zu Hilfe«, räumt Seinsche ein. Er erinnert sich an einen spektakulären Fall, wo in einer winzigen Abstellkammer eines großen Industriebetriebes, der in einer Nacht völlig ausgebrannt war, Reste eines Gemischs aus Benzin und Heizöl nachgewiesen werden konnten. Dieses Gemisch hatte an dieser Stelle normalerweise nichts verloren. Doch durch das Brandgeschehen war die Türe zugeschlagen und dies hatte verhindert, dass das Gemisch komplett verpufft war. Beinahe wäre die vorsätzliche Brandstiftung damals nicht aufgedeckt worden.

»Uns spielt oftmals die Tatsache in die Hände, dass der Täter gar nicht voraussehen kann, wie sich ein Brand entwickeln wird und welche Spuren er möglicherweise hinterlassen hat«, erläutert Seinsche. »Ergebnisse von Zeugenbefragungen fließen in unsere Arbeit ein. Wenn wir durch Aussagen von Augenzeugen, Handyfotos oder gar Videoaufnahmen den Verlauf eines Brandes nachvollziehen können, sind wir schon ein gehöriges Stück weiter.« Dabei ist jedes Detail wichtig. Wo genau sind die ersten Flammen zu sehen gewesen? Wie haben sich die Flammen durch das Gebäude gefressen?

Oft werden an Brandstellen auch speziell ausgebildete Brandmittelspürhunde eingesetzt. Die finden mit ihren empfindlichen Supernasen winzige Reste von Brandbeschleunigern oder Lösungsmitteln, die von einem Brandstifter eingesetzt worden sind. Mit einem PID-Gerät, einem Photo-Ionisations-Detektor, und durch die Brandanalytik im Labor werden diese Informationen anschließend weiter ausgewertet.

Hat man erst den Ausgangspunkt eines Feuers ermittelt, werden die Abläufe des Brandgeschehens genauestens rekonstruiert. In manchen Fällen hat ein Brandstifter, um sich für die fragliche Zeit ein sicheres Alibi besorgen zu können, einen speziellen – oft selbstgebastelten – Zündmechanismus eingesetzt. »Manchmal sind das richtig komplizierte, manchmal ganz plumpe elektrische Vorrichtungen, die da zum Einsatz kommen«, erklärt Seinsche. »Aber haben wir erst einen Verdacht auf Brandstiftung erhärtet, dann klären wir im Detail auf, wie der Brand letztlich ausgelöst worden ist.«

Doch nicht immer sind bei verheerenden und folgenreichen Bränden Verbrecher am Werk gewesen. Oft handelt es sich um einen reinen Unglücksfall, der als Ursache ermittelt werden kann. So wie bei dem Fall eines Wohnungsbrandes, bei dem eine umgestürzte Wohnzimmerleuchte den Brand ausgelöst hat. »Gerade neuere Leuchtmittel wie Halogenlampen entwickeln so eine große Hitze, dass sie Vorhänge oder Zeitungspapier leicht entzünden können«, weiß der Brandexperte. In einem besonderen Fall war es die Lichtbrechung einer dekorativen Glaskugel am Zimmerfenster, die einen Stapel Zeitungspapier in Flammen hat aufgehen lassen. »Durch das Glas war ein Fokus wie bei einer Lupe oder einem Brennglas entstanden«, erinnert sich Seinsche.

Gerätedefekte, aber auch der fahrlässige Betrieb von elektrischen Einrichtungen stellen bei Bränden mögliche Verursacher dar. »Deswegen gehören zu unserem Dezernat auch zwei Elektroingenieure«, berichtet Seinsche. Die bauen beispielsweise Zünder nach, um ihre Funktionsweise nachzuvollziehen oder ermitteln, wie in einem geschmolzenen Schaltschrank am Brandort durch kleine Lichtbögen an einer lockeren Kabelverbindung eine solche Hitze entstehen konnte, dass sie den Brand ausgelöst hat.

»Manchmal aber stoßen wir an unsere Grenzen«, erklärt der Fachmann. »Denn das ursprüngliche Spurenbild wird gerade durch die notwendige Arbeit der Feuerwehr stark beeinträchtigt oder gar völlig zerstört und verwüstet.« Seinsche erinnert sich beispielsweise an einen verheerenden Zimmerbrand, bei dem die Feuerwehrleute einen Großteil der Zimmereinrichtung und unter anderem das fragliche Bett als Ausgangspunkt des Feuers aus dem Fenster werfen mussten, um mögliche Glutnester aus dem Haus zu schaffen. »Da sind wir dann mit unseren Untersuchungen besonders gefordert und müssen aufwändige Rekonstruktionen mit Einrichtungsgegenständen durchführen.«

Benötigt man eigentlich als Brandexperte eine spezielle Ausbildung? Im Team des Teildezernats 51.3 arbeiten Experten aus unterschiedlichen Fachrichtungen zusammen. »Man muss bei allem Fachwissen, das wir sicherlich benötigen, auch ganz praktisch veranlagt sein«, weiß Seinsche. »Jeder Fall ist anders und hat seine individuelle Ausprägung. Deshalb müssen wir uns minutiös in das spezielle Brandgeschehen einarbeiten.« Eine besondere Rolle spielt dabei das über viele Jahre gewonnene Erfahrungswissen. »Mit jedem neuen Fall werden wir schlauer.« //

Jörg Bockow

AUFTRÄGE SCHNELLER ABARBEITEN

LAND UNTERSTÜTZT LKA MIT ZUSÄTZLICHEN MITTELN

Das Land Nordrhein-Westfalen unterstützt die Arbeit des Kriminalwissenschaftlichen und -technischen Instituts (KTI) des Landeskriminalamtes NRW (LKA) mit zusätzlichen 4,2 Millionen Euro. Damit sollen rund 10.000 Fälle – allesamt Vergehenstatbestände – untersucht werden, die das (LKA) aktuell nicht bearbeiten kann, weil Verbrechenstatbestände absoluten Vorrang haben.

Untersuchungen zu Mord und Totschlag sowie zu Sexualdelikten und Wohnungseinrücken haben höchste Priorität. Jetzt sollen auch Untersuchungsaufträge zu Diebstählen beschleunigt bearbeitet werden. Das KTI wird sich dafür der Zuarbeit mehrerer akkreditierter Speziallaboren bedienen, das Ausschreibungsverfahren hierzu ist mittlerweile abgeschlossen. Das Auftragsvolumen ist stattlich: Bei etwa 9.600 Spurenfällen müssen die DNA bestimmt werden, damit die Ergebnisse schneller Eingang in die zentrale Datenbank finden können.

Die Botschaft an Straftäter lautet: In Nordrhein-Westfalen werden Straftaten konsequent verfolgt.

Polizei und Bürger gemeinsam gegen Einbrecher Kampagne »Riegel vor!« bekämpft Wohnungseinbruch in NRW



Mit dem neuen landesweiten Aktionsprogramm »Riegel vor! Sicher ist sicherer.« geht die Polizei in NRW verstärkt gegen Wohnungseinbrüche vor. Landesinnenminister Ralf Jäger gab in Krefeld den Startschuss für die Kampagne: »Jeder kann etwas tun, um einen Einbruch zu verhindern«, sagte er. »Jeder kann seine eigenen vier Wände noch besser schützen, noch aufmerksamer sein. Nur gemeinsam schieben Bürger und Polizei den Einbrechern den Riegel vor.«

Seit 2008 ist die Zahl der Wohnungseinbrüche bundesweit kontinuierlich gestiegen. In NRW sind viele Städte und Gemeinden davon betroffen. Darauf hat die Polizei reagiert und geht mit einer landesweiten Strategie vor. Das Landeskriminalamt hat gemeinsam mit Fachleuten aus Polizeibehörden Empfehlungen für örtliche Konzepte entwickelt. Sie sind von vielen Polizeibehörden bereits auf ihre Situation maßgeschneidert und in Abstimmung mit ihren Nachbarbehörden umgesetzt. Das Ziel ist eine verbesserte örtliche Analyse, eine systematische Spurensuche und Spurensicherung sowie Ausschöpfung

aller Fahndungsmöglichkeiten. Zudem stellt das LKA ein Lagebild zur Verfügung, mit dem die Einbruchsentwicklung landesweit und tagesaktuell verfolgt und recherchiert werden kann. Damit können die einzelnen Polizeibehörden Schwerpunkte und Tendenzen bei der Einbruchskriminalität frühzeitig erkennen und gegensteuern.

Die meisten Einbrüche geschehen tagsüber

In NRW wurden im vergangenen Jahr rund 45.000 Einbrüche registriert. Dabei nutzen die Täter günstige Gelegenheiten. Häufig passieren Einbrüche, wenn die Bewohner arbeiten oder »nur mal kurz weg« sind. In rund 40 Prozent der Fälle hat der Täter es nicht geschafft, die gut gesicherten Türen und Fenster aufzubrechen. »Schlecht gesicherte Wohnungen sind für die Täter wie Einladungen. Je sicherer die Riegel vor Türen und Fenstern sind, desto unattraktiver wird eine Wohnung für Einbrecher«, machte Jäger deutlich. »Bei der Sicherung der eigenen vier Wände unterstützt und berät die Polizei kostenlos.« /// **Redaktion Streife**

@ Weitere Informationen und das Logo des Aktionsprogramms finden Sie im Internet unter www.riegelvor.nrw.de.



Gewalt und Mobbing an Schulen Aktive Präventionsarbeit durch die Polizei in Mettmann

Die Kriminalprävention der Kreispolizeibehörde Mettmann bietet seit dem Jahr 2008 allen Grund- und weiterführenden Schulen in den zehn Kreisstädten flächendeckend die Anti-Bullying-Strategie an.

Die Schulen, die sich nach der ersten Vorstellung des Konzeptes in der Lehrerkonferenz für das Anti-Bullying-Konzept entschieden haben, starten mit Unterstützung der Polizei eine anonyme Fragebogenaktion zum Thema Gewalt. Weitere Informationsgespräche mit Lehrern und Eltern, ein Elternabend, die Aufnahme in das Schulprogramm und ein Beschluss in der Schulkonferenz folgen.

Sobald alle Maßnahmen an den Schulen umgesetzt und die Schulen für den »Ernstfall« gerüstet sind, erhalten sie eine durch den Landrat unterzeichnete Urkunde und werden als »Schule gegen Gewalt« ausgezeichnet. Die Urkunde wird dann im Rahmen einer kleinen Feierstunde übergeben. Schülerinnen und Schüler dieser Schulen führen an diesem Tag kleine Theaterstücke auf, singen Lieder, Lehrerinnen und Lehrer halten kurze Vorträge.

Züge von Mobbing tauchen bereits im Kindergarten auf. Daher ist es wichtig, schon hier anzusetzen und aufzuzeigen, dass Gewalt nicht akzeptiert wird. Das Anti-Bullying-Konzept wurde daher dem Bereich der Kindertagesstätten angepasst, so dass auch für Erzieherinnen und Erzieher die Möglichkeit gegeben ist, damit zu arbeiten. Ein erster Kindergarten im Kreis Mettmann hat dies ausprobiert und das Konzept erfolgreich umgesetzt.

DER BEGRIFF »BULLYING«

Unter Bullying versteht man gezielte, systematische und wiederholte Schikanen (Mobbing) physisch oder psychisch stärkerer Schüler gegenüber Schwächeren.



Jonas schikaniert Lena

Bei dem hier geschilderten Konflikt konnte im Rahmen des bereits eingeführten Anti-Bullying-Programms eine sofortige Intervention durch die Schule erfolgen:

»Ich stehe vor einer Schulklasse. 25 Kinder zwischen elf und zwölf Jahren schauen mich an. Meine Aufgabe ist es, die Kinder im Rahmen von Projekttagen über Gewalt und Mobbing aufzuklären. Sie arbeiten gut mit, kennen verschiedene Formen der Gewalt: Körperliche Gewalt, seelische Gewalt, aber auch Gewalt im Internet sind ihnen bekannt. Die verschiedenen Gewaltformen werden anhand von Beispielen erläutert und diskutiert. Soweit zur Theorie.

Als wir über seelische Gewalt sprechen, merke ich, dass ein Mädchen verängstigt aussieht. Sie heißt Lena. Sie scheint ein ganz normales Mädchen mit langen braunen Haaren zu sein. Schnell aber merke ich, dass irgendetwas nicht normal ist. Ihr laufen die ersten Tränen über das Gesicht. Niemand bemerkt es, nicht einmal die Klassenlehrerin. Ich gehe auf Lena zu und frage sie, was sie so traurig macht. Sofort bricht aus ihr heraus, dass sie jeden Tag gehänselt wird. »Schimmelfresse« nenne er sie, immer und immer wieder. Sie zeigt auf Jonas. Dieser versucht, die Vorwürfe abzustreiten. Plötzlich schalten sich auch andere Mitschüler ein. Sie erzählen, dass Jonas jede Situation ausnutze, um Lena zu schikanieren. Lena, ein nettes Mädchen, mitten in der Pubertät. Sie leidet an Neurodermitis – auch im Gesicht. Besonders um den Mund herum sind rote, offene Stellen zu erkennen.

Nach Durchführung des Anti-Bullying-Programms ist es Lena wieder möglich, ohne Angst und Bauchschmerzen in die Schule zu gehen. Sie und Jonas haben sich in einem moderierten Gespräch gegenüber gesessen. Jonas war schnell einsichtig und auch erschrocken über die Ausmaße seines Verhaltens, nachdem Lena ihm ihre Gefühle offenlegte. Nicht nur Jonas hat gelernt, auch für die anderen Mitschüler wurde ein Zeichen gesetzt.«

hier fehlt noch eine BU



Die »Anti-Bullying-Strategie«

Der norwegische Psychologieprofessor Dan Olweus entwickelte die Strategie gegen schulische Gewalt in den 1980er Jahren.

Sie setzt schon bei kleineren Vorfällen an und reagiert koordiniert und sachgerecht auf unangemessenes Verhalten, um einer Eskalierung frühzeitig und zielgerichtet entgegenzuwirken. Täter und Opfer legen den Sachverhalt aus eigener Sicht schriftlich dar. Eine beteiligte Lehrperson führt dazu ein kurzes Protokoll. Sämtliche schriftlichen Unterlagen gehen an die Eltern der beteiligten Kinder. Sie werden aufgefordert, zum Vorfall und zur Art des Umgangs der Schule damit schriftlich Stellung zu beziehen. Danach kommt es sehr schnell zu einem klärenden Gespräch der Konfliktparteien, das von der beteiligten Lehrperson moderiert wird. Dabei wird eine Lösung gesucht, die dem Opfer zusagt und die durch die Schule überprüft werden kann.

Allgemeine Maßnahmen wie eine qualifizierte Pausenaufsicht, attraktive Schulhöfe, regelmäßige Klassengespräche sowie eine Aufarbeitung des Themas Gewalt im Unterricht sollen das Problembewusstsein schärfen und zu positiven Auswirkungen auf das gesamte soziale Klima der Schule führen. /// **Nina Golücke**

@ Weitere Infos finden
Sie im Internet unter
www.polizei-beratung.de



GRUNDLEGENDE ÜBERARBEITETE BRO- SCHÜRE HERAUSFORDERUNG GEWALT

Wissenschaftliche Befunde der Wirkungsforschung weisen das Anti-Bullying-Programm nach Dan Olweus als das präventiv wirksamste Programm der schulischen Gewaltprävention aus. Nach dem Amoklauf von Littleton/USA wurde das Programm an Schulen in mittlerweile 42 Bundesstaaten Amerikas eingeführt. Es ist auch Hauptbestandteil der Neuauflage der PropK-Broschüre »Herausforderung Gewalt«, die die Kommissariate Kriminalprävention/Opferschutz für die schulische Gewaltprävention bereithalten.

Im wissenschaftlichen Teil der Broschüre beschreibt die auf dem Gebiet der Gewalt- und Amokforschung renommierte Kriminologin Britta Bannenberg das Erfolgskonzept des Programms. Der Praxisteil der Broschüre stellt einsatzfertige Bausteine für Schulen vor und behandelt aktuelle Phänomene wie Cybermobbing, Gewalt und »Ehre« oder die Drohung mit einem Amoklauf. Außerdem enthält sie Hinweise zum Opferschutz in der Schule, rechtliche Aspekte zum Jugendstrafrecht und weiteres Material für den Praxis-Einsatz. Die Broschüre und die bereits bewährten Filmclips der DVD »Abseits« sind wichtige Bausteine einer früh ansetzenden Gewaltprävention an Schulen. Sie sind geeignet, einen Beitrag zur Verbesserung des Schulklimas zu leisten.

Der Kampf gegen Organisierte Kriminalität in der Türkei Die Polizei NRW hilft

Die Europäische Union unterstützt Staaten dabei, ihre öffentliche Verwaltung den EU-Standards anzupassen. Seit dem vergangenen Jahr hilft auch die Polizei NRW im Rahmen eines sogenannten »Twinning-Projekts« mit.

Ankunft auf einem türkischen Provinzflughafen. Die Maschine mit ihren Passagieren ist sicher gelandet – die Koffer leider nicht. »So etwas passiert öfter«, weiß Guido Winkmann, einer der Mitarbeiter in der Geschäftsstelle des Twinning-Projekts mit der Türkei. »Wir geben den Referenten schon immer den Tipp: Fliegt im Anzug. Dann sind sie für die Seminare wenigstens gut gekleidet.« Seit Dezember letzten Jahres koordiniert die Geschäftsstelle vom Landeskriminalamt (LKA NRW) das Twinning-Projekt mit dem Schwerpunkt Organisierte Kriminalität.

Im Rahmen des Projekts geben deutsche Experten ihr Fachwissen an ihre türkischen Kollegen weiter. Sei es in Seminaren vor Ort oder im Rahmen von Studienbesuchen und Hospitationen in Deutschland. Bei der täglichen Arbeit stehen Christoph Bock, Guido Winkmann und Marc Schäfer, die drei Mitarbeiter der Geschäftsstelle, manchmal vor ziemlichsten Herausforderungen. »Die gesamte Kommunikation läuft auf Englisch«, erklärt Christoph Bock. »Das wäre noch kein Problem, denn unsere Pendants in der Türkei sprechen auch sehr gut Englisch. Aber gerade wenn es um Technik geht, haben wir bei einem Begriff manchmal völlig unterschiedliche Vorstellungen.« Die Geschäftsstelle schreibt die Berichte für die EU, sie überwacht aber auch, ob die Ausgaben mit der Planung übereinstimmen, und besorgt die Hotels und Gastgeschenke. »Es ist sehr interessant zu sehen, wie ein anderes Land die Organisierte Kriminalität bekämpft«, sagt Marc Schäfer. »Wohl der größte Unterschied ist die starke Hierarchie, die in der Türkei herrscht. Bei uns ist es mehr ein kollegiales Miteinander.«

Die nordrhein-westfälische Polizei hatte sich nach Rücksprache mit dem Bundeskriminalamt für dieses EU-Projekt beworben und hat sich dabei gegen Länder wie Großbritannien oder die Niederlande durchgesetzt. Nach dem Zuschlag folgte eine sehr intensive Planungsphase. Innerhalb von 16 Monaten wurde der genaue Ablauf und Inhalt des Projektes festgelegt. Mittlerweile ist die erste Komponente abgeschlossen. In einer hundertseitigen Analyse hat Thomas Jungbluth, der Leiter der Abteilung 1 im LKA NRW, gemeinsam mit Thomas Schulte, dem Leiter des Dezernates 14 im LKA NRW, dargelegt, wie das türkische System verbessert werden kann.

Seit September finden nun verstärkt die Seminare in der Türkei statt. In insgesamt rund 60 Schulungsmaßnahmen vermitteln die Experten Wissenswertes zum Beispiel zur Ortung, technischen Überwachung oder auch Observation. Die meisten Spezialisten stammen aus NRW, einige stellt das Bundeskriminalamt. Thomas Schulte ist bereits seit November letzten Jahres als Langzeitberater in Ankara und übernimmt die Koordination vor Ort. Dort hatte er am Anfang mit türkischen Tastaturen und Betriebssystemen zu kämpfen. Mittlerweile hat er sich gut eingelebt. Das gesamte Projekt leitet Peter Vowé, ein international sehr erfahrener, mittlerweile pensionierter Beamter des Bundeskriminalamtes, von Deutschland aus. ///

Katerina Breuer

DATEN UND FAKTEN:

Projektzeitraum: Vom 14. Dez. 2010 bis 26. Jul. 2012

Budget: 1,38 Millionen Euro

Deutscher Mitarbeiterpool: rund 160 Personen

Geschulte türkische Teilnehmer: rund 900 Personen



Landeskriminaldirektor Dieter Schürmann hob bei der Kick-Off-Veranstaltung in Ankara die Bedeutung des EU-Projektes auch für die deutsche Sicherheitspolitik hervor, das dem überregionalen Aspekt Organisierter Kriminalität in besonderem Maße Rechnung trägt.



Geschwindigkeit entscheidet bei Unfällen über Leben und Tod Neue Verkehrsstrategie der Polizei NRW

Mit einer neuen Verkehrsstrategie soll die Verkehrssicherheit vor allem in den Städten deutlich verbessert werden. Dafür werden Raser und Verkehrssünder ab jetzt stärker ins Visier genommen.

Die Zahl der schweren Verkehrsunfälle mit Toten und Schwerverletzten ist in diesem Jahr deutlich gestiegen. In NRW haben 2011 rund 600 Menschen auf der Straße ihr Leben verloren. Das entspricht dem Fassungsvermögen von drei großen Passagierflugzeugen.

Zu schnelles Fahren ist dabei die häufigste Ursache für tödliche Unfälle. »Wir wollen die Geschwindigkeit senken, denn diese macht den Unterschied zwischen Leben und Tod«, erklärte dazu NRW-Innenminister Ralf Jäger. Die Geschwindigkeit des Unfallverursachers entscheidet über die Schwere der Unfallfolgen. Bei 65 Stundenkilometern sterben acht von zehn

Fußgängern, die im Stadtverkehr angefahren werden, bei 50 Stundenkilometern überleben hingegen acht von zehn Fußgängern. 15 Stundenkilometer Unterschied entscheiden also darüber, wie viele Fußgänger überleben oder sterben.

Besonders die Zahl der verunglückten Fußgänger und Radfahrer nahm in diesem Jahr dramatisch zu. 95 Fußgänger sind bis Ende Oktober 2011 in NRW ums Leben gekommen. Das entspricht einem Anstieg von rund 51 Prozent. Von 8.626 Radfahrern, die im ersten Halbjahr dieses Jahres in NRW an Verkehrsunfällen beteiligt waren, wurden 7.809 verletzt oder getötet – das entspricht 90 Prozent. Bei den Radfahrern sank zwar die Zahl der Verkehrstoten um drei Prozent, die Zahl der Schwerverletzten stieg aber um 14 Prozent auf 2.516.

Die »Streife« sprach mit dem Leitenden Polizeidirektor (LPD) Michael Frücht, dem neuen Verkehrsreferenten im Ministerium für Inneres und Kommunales NRW, über Details der neuen Verkehrsstrategie.

Streife: Herr Frücht, Sie sind seit Juli 2011 »Verkehrsreferent« im Ministerium für Inneres und Kommunales Nordrhein-Westfalen. Bitte stellen Sie sich kurz unseren Lesern vor.

Frücht: Ich habe 1978 bei der Polizei im mittleren Dienst angefangen und dann meine ersten dienstlichen Schritte in Duisburg gemacht. Im gehobenen Dienst war ich u.a. Dienstgruppenleiter bei der Autobahnpolizei in Neuss. Im höheren Dienst war ich in Münster als Leiter Staatsschutz und in Essen als Leiter des Ständigen Stabs tätig. Seit 1999 bin ich im Innenministerium, zunächst im Einsatzreferat, danach 7 Jahre als Persönlicher Referent des Innenministers. Mit meiner neuen Funktion bin ich in die Polizei zurückgekehrt und freue mich über diese Aufgabe und die damit verbundenen Herausforderungen. >



Hier eine BU?

Streife: Mit der Fortschreibung der Fachstrategie Verkehrsunfallbekämpfung aus dem Jahre 2007 haben Sie, gerade mal drei Monate nach Amtsantritt, einen deutlichen Kurs-wechsel eingeleitet. Was hat Sie dazu veranlasst?

Frücht: Die Fortschreibung unserer Fachstrategie ist kein Kurswechsel, sondern eine notwendige konsequente Weiterentwicklung. Die wesentlichen Elemente der Fachstrategie, u.a. die Orientierung polizeilicher Maßnahmen an den »3 Killern im Straßenverkehr«, nämlich Geschwindigkeit, Alkohol/Drogen und Gurt, haben weiterhin unverändert Bestand. Mit dieser strategischen Ausrichtung haben wir in NRW sehr gute Erfolge erzielt. Aber wir müssen in diesem Jahr eine bedenkliche

Entwicklung im Bereich der verunglückten Fußgänger und Radfahrer feststellen. 57 % mehr getötete Fußgänger und 14 % mehr schwerverletzte Radfahrer als im vergangenen Jahr fordern unser Handeln.

Mit der Fortschreibung geben wir den Behörden deutlich erweiterte taktische Handlungsmöglichkeiten, um auf örtliche Probleme flexibler als bisher reagieren zu können.

Streife: Was sagen die Experten zu dieser Entwicklung? Wie lassen sich die steigenden Zahlen erklären?

Frücht: Eine klare Aussage zu den Ursachen für diese Entwicklungen kann derzeit nicht seriös getroffen werden. Es gibt Experten, die das gute Wetter für die Zahlen verantwortlich machen. Gutes Wetter sorgt dafür, dass mehr Menschen auf den Straßen unterwegs sind und wo viele Menschen auf den Straßen unterwegs sind, passieren auch mehr Unfälle. Aber die Ursachenforschung ist viel komplexer, als dass man diese Entwicklung so monokausal erklären könnte. Eines ist aber klar: Letztlich entscheidet die Geschwindigkeit über die Unfallfolge. Hier müssen wir ansetzen.

Streife: Was heißt das konkret?

Wie lauten die wesentlichen Aussagen der Fortschreibung?

Frücht: Die Kernbotschaft lautet: Geschwindigkeit ist der Killer Nr. 1. Dies gilt völlig losgelöst von der Frage der Schuld an dem Unfall. Wenn es uns gelingt, das Geschwindigkeitsniveau zu senken, dann werden wir weniger Getötete und Schwerverletzte haben. Davon sind wir überzeugt. Und folgende Aussagen, denen wissenschaftliche Untersuchungen zugrunde liegen, stützen uns in dieser Überzeugung:

- > Eine Senkung des Geschwindigkeitsniveaus innerorts um nur 2 km/h, bedeutet eine Senkung der Anzahl der Verunglückten um 15 %!
- > Wo ich mit 30 km/h zum Stehen komme, fange ich mit 50 km/h erst an zu bremsen!
- > Bei 65 km/h sterben -8- von -10- Fußgängern, die angefahren werden; bei 50 km/h überleben -8- von -10- Fußgängern!

Das bedeutet konkret: bereits geringe Geschwindigkeitsüberschreitungen können fatale Folgen haben. 15 km/h entscheiden hier über Leben und Tod!

Und eines ist allen klar, insbesondere den Kolleginnen und Kollegen, die täglich diese schrecklichen Unfälle aufnehmen: Unfälle passieren nicht einfach, sondern sie werden zu 95 % durch Menschen - teilweise durch bewusste Regelmissachtung - verursacht. Das muss uns allen stets bewusst bleiben. Das bedeutet auch: wir müssen und dürfen uns nicht verstecken. Polizeiliche Verkehrssicherheitsarbeit dient unmittelbar dazu, Menschenleben zu schützen.

Streife: Wie wollen Sie das erreichen, das Geschwindigkeitsniveau senken?

Frücht: Durch ein Maßnahmenbündel, welches sich auf die Schlagworte: Mehr Flexibilität für die Behörden, mehr Prävention und mehr Kontrollen durch die Polizei zusammenfassen lässt.

Mehr Flexibilität, d.h. die Behörden entscheiden eigenverantwortlich, an welchen Stellen Geschwindigkeitskontrollen erfolgen. Das bedeutet auch weg von dem starren Festhalten an Unfallbrennpunkten und besonders schutzwürdigen Zonen. Es können ab sofort auch dort Geschwindigkeitskontrollen erfolgen, wo noch kein Unfall passiert ist, wo aber dennoch gerast wird. Denn wir sind der Überzeugung: Rasen ist Einstellungssache und wer an der einen Stelle rast, der rast auch woanders. Natürlich werden wir auch weiterhin an Unfallbrennpunkten aktiv sein, aber eben nicht ausschließlich. Wir werden zukünftig nicht mehr darauf warten, bis etwas passiert, sondern werden vorher aktiv.

Die zweite Säule: Mehr Prävention, d.h. wir werden ab sofort unsere geplanten Kontrollstellen im Internet öffentlich machen. Denn alleine die Kenntnis über Geschwindigkeitskontrollen führt bereits dazu, dass langsamer gefahren wird.

Zusätzlich werden wir nun auch Geschwindigkeitskontrollen mit blau-silbernen Fustkw machen. Der Verkehrsteilnehmer soll wahrnehmen, dass Polizei Geschwindigkeitskontrollen durchführt. Jeder blau-silberne Streifenwagen soll vom Bürger zugleich als potenzieller »Radarwagen« wahrgenommen werden. Auch hier gilt: Natürlich wird die Mehrzahl der Kontrollen durch unsere zivilen Messfahrzeuge erfolgen, aber eben nicht nur.

Und die dritte Säule: Höherer Kontrolldruck, d.h. ein Mehr an Kontrollen. Das können wir mit dem zur Verfügung stehenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern nur erreichen, indem wir wieder verstärkt Geschwindigkeitskontrollen ohne Anhalten durchführen. Das bedeutet nicht, dass wir ab sofort auf die Kontrollen mit Anhalten verzichten. Aber auch hier wollen wir ein ausgewogenes Verhältnis zwischen diesen beiden Formen der Intervention haben. Damit können wir den Kontrolldruck erhöhen.

Für das gesamte Paket gilt: Wir wollen, dass die Polizeibehörden vor Ort das Erforderliche tun können, was zur jeweiligen Problemlösung notwendig ist. Das richtige Maß, die richtige Mischung der unterschiedlichen Möglichkeiten zu finden, obliegt also den Behörden und somit den Kolleginnen und Kollegen vor Ort. Die kennen sich aus, die wissen was zu tun ist.

Streife: Offene und für jeden sichtbare Kontrollstellen bedeuten auch weniger »Knöllchen«. Was sagen Sie den Verantwortlichen in den Behörden, die befürchten, dass ihre Maßnahmenezahlen in den Keller gehen?

Frücht: Unser Erfolg ist nicht die absolute Anzahl der Maßnahmen. Wir wollen das Geschwindigkeitsniveau senken und dadurch weniger Tote und Schwerverletzte haben. Das ist der Maßstab, das ist der Erfolg. Was nützt es uns, wenn wir viele »Knöllchen« haben und die Menschen trotzdem auf der Straße sterben?

Streife: Was ist mit den Radfahrern und Fußgängern? Muss nicht auch hier gehandelt werden?

Frücht: Ganz klar: Ja! Wir wissen, dass Fußgänger und Radfahrer durch ihr regelwidriges Verhalten häufig selbst die Ursache für einen Verkehrsunfall setzen. Das bedeutet für uns, dass wir derartige Regelverstöße auch konsequent ahnden müssen. Ich weiß sehr wohl, dass das Einschreiten gegen Fußgänger und Radfahrer ein hohes Maß an Sensibilität und Professionalität erfordert. Die Kolleginnen und Kollegen können sich darauf verlassen, dass wir hinter ihnen stehen und ihnen den Rücken stärken. Wir haben die Argumente auf unserer Seite: 600 Verkehrstote jährlich in NRW mit beunruhigenden Steigerungsraten bei Fußgängern und Radfahrern.

Streife: Herr Frücht, wir danken Ihnen für dieses Interview.

 Die Rede von Innenminister Ralf Jäger zur offiziellen Vorstellung des Konzepts am 25.11.2011 in Köln finden Sie unter:

Gezielte Kontrollen gegen Fahren unter Drogeneinfluss Fortbildung des LAFP NRW zeigt Wirkung



Seit 2011 führt das Landesamt für Ausbildung, Fortbildung und Personalangelegenheiten (LAFP NRW) in Kooperation mit verschiedenen Kreispolizeibehörden sogenannte »Realkontrollen« durch. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des

Seminars »Drogen im Straßenverkehr« sollen ihr neues, theoretisches Wissen unter fachkundiger Anleitung umsetzen. Das fördert die Handlungssicherheit und die gewonnene Sicherheit motiviert für den zukünftigen Dienstalltag.

Bereits im Jahr 2010 wurden vom Dozententeam des LAFP zwei Realkontrollen mit interessierten, theoretisch bereits geschulten Kolleginnen und Kollegen aus vielen Behörden unseres Landes organisiert. Als Anlass wurden



den sogenannten »normalen« Verkehrsteilnehmern zuzurechnen. Daraus entstand die Idee, zukünftig in jedes Fortbildungsseminar zum Thema »Drogen im Straßenverkehr« Verkehrskontrollen zur Bekämpfung des Drogenmissbrauchs zu integrieren.

Fast sechs Prozent fuhren mit Drogen im Blut

Die Fakten sind tatsächlich erschreckend: Bei 33 Realkontrollen wurden bislang 147 Blutproben wegen des Verdachts auf Drogen- oder Medikamenteneinfluss im Straßenverkehr entnommen. Bei einer Zahl von 2.510 kontrollierten Fahrzeugführerinnen und Fahrzeugführern bedeutet dies, dass fast sechs Prozent der Kontrollierten berauscht hinter dem Steuer saßen. Dabei wurden lediglich zwei Blutproben wegen Alkoholkonsums entnommen.

Bei den Kontrollen entfielen die positiven Drogenvortests zu ca. 60 Prozent auf Cannabis (THC), 20 Prozent auf Amphetamine (teilweise Mischkonsum mit Cannabis), 15 Prozent auf Kokain und zu ca. 5 Prozent auf Heroin oder Medikamente.

Das LAFP NRW stellt bei den Realkontrollen jeweils zwischen 15 und 20 Seminararteilnehmerinnen und -teilnehmer sowie das Dozententeam. Die Kooperationsbehörden setzen durchschnittlich acht Kolleginnen und Kollegen ein. Die Realkontrolle erstreckt sich jeweils über einen Zeitraum von ca. 3,5 Stunden und findet an einem ganz normalen Wochentag statt. Weil die Teams oft schnell durch Schreibarbeit gebunden sind, verkürzt sich häufig die vorgesehene Kontrollzeit.

Verstärkte Kontrollen zeigen Erfolg

Die Schulung von rund 800 Kolleginnen und Kollegen zeigt erste, deutliche Erfolge: Über 8.000 verkehrspolizeiliche Maßnahmen im Zusammenhang mit dem Führen eines Kraftfahrzeugs unter Einfluss

»anderer berauschender Mittel« wurden bis Ende September 2011 in NRW getroffen. Dies bedeutet eine Steigerung zum Vorjahr von über 40 Prozent. Das Risiko für Verkehrsteilnehmer, unter dem Einfluss von Betäubungsmitteln bei einem Verkehrsunfall aufzufallen, ist gleichzeitig um ein Fünftel gestiegen.

Bei den Kontrollen kam es zu einer Vielzahl weiterer Feststellungen, die aus dem alltäglichen Dienst bekannt sind: Fahren ohne Fahrerlaubnis, Verstöße gegen das Pflichtversicherungsgesetz, Urkundenfälschung, Strafanzeigen wegen Erwerb oder Besitz von Betäubungsmitteln, Verstöße gegen das Waffengesetz und so weiter. Auch Ordnungswidrigkeiten zum Thema Gurt, Handynutzung, Tuning oder bei der Ladungssicherung waren festzustellen.

Jedes Jahr kann das LAFP NRW weitere 800 Kolleginnen und Kollegen zum Thema Drogen im Straßenverkehr schulen. Das unterstützt die fachstrategische Ausrichtung zur Verkehrsunfallbekämpfung (Erfolgsfaktor 1) und hilft in der Folge, unnötiges Leid zu vermeiden. Nebenbei bemerkt: Die überproportional hohe Zahl von »Drogenverstößen« durch »junge Fahrer« ist nicht überraschend. Nicht ohne Grund stehen sie als Zielgruppe im Mittelpunkt der Präventionskampagne »Crash Kurs NRW«. ///

Uwe Ganz

zwei bekannte Festivalveranstaltungen genommen, der »Summerjam« in Köln und das »Syndicate« in Dortmund. Das Ergebnis überraschte: Von den zahlreichen festgestellten Drogenverstößen war etwa die gleiche Anzahl den Festivalteilnehmern und

David Pfeffer hat den »X-Factor« Duisburger Polizist siegt bei Casting-Show



Der von Fans und Jury »Sergeant Pepper« getaufte David Pfeffer hat die zweite Staffel der Casting-Show »X-Factor« gewonnen. Der 29-Jährige erhielt im Finale mehr als 60 Prozent der Publikumsstimmen.

Innenminister Ralf Jäger gratulierte David Pfeffer in einem persönlichen Brief zu diesem großen Erfolg und bedankte sich: »Als »Sergeant Pepper« haben sie von Beginn der Sendestafel an immer betont, dass Sie mit Leib und Seele Duisburger Polizist sind. Ihr sympathisches und authentisches Auftreten hat Ihnen viele Fans eingebracht. Das Image, das sich von Ihnen auf den Polizeiberuf übertragen lässt, ist vorbildlich«, so Jäger. Durch seine mal sachliche, mal emotionale, aber stets freundliche,

natürliche und kompetente Art würde er den Zuschauern nicht nur durch seine Musik, sondern auch als ein positives Bild der Polizei in NRW in Erinnerung bleiben. »Ihr »Pfeffer-Style« macht Sie zu einem Aushängeschild der NRW-Polizei. Ich freue mich, dass Sie stets gesagt haben, gerne Polizist zu sein und dem Beruf treu zu bleiben. Ich darf Ihnen versichern, dass wir stolz auf Sie sind. Ich wünsche mir, dass Sie Ihrer Überzeugung treu bleiben und den spannenden Polizeiberuf trotz Ihrer musikalischen Erfolge weiter ausüben«, so Jäger weiter. Er lud den X-Factor-Gewinner zu einem Gespräch ein, bei er sich mit ihm unter anderem über einen möglichen Auftritt Pfeffers vor den Kolleginnen und Kollegen bei der Polizei NRW sprechen will. ///

Neue Polizeipräsidentin in Bonn Ursula Brohl-Sowa trat ihr Amt an



Die 56-Jährige ist die Nachfolgerin von Wolfgang Albers, der seit Anfang Oktober als neuer Polizeipräsident in Köln tätig ist.

Nach Abschluss ihres Studiums trat Ursula Brohl-Sowa 1982 in den NRW Landesdienst ein. Die Juristin begann ihre Laufbahn beim Bauministerium. Seit 1989 ist sie in verschiedenen Führungsfunktionen im Innenministerium tätig. Als Haushaltsbeauftragte war sie von 2000 bis 2008

auch für die Polizeifinancen verantwortlich. Zuletzt führte sie als stellvertretende Abteilungsleiterin das Referat für Landesorganisation und Verwaltungsmodernisierung.

Die neue Bonner Polizeipräsidentin setzt auf einen offenen Dialog mit allen, die für die Sicherheit in Bonn Verantwortung tragen. »Sicherheit ist eine Gemeinschaftsaufgabe. Deshalb sind Ordnungspartnerschaften und Netzwerke für mich von großer Bedeutung.« ///

Redaktion Streife

Neuer Polizeipräsident in Dortmund

Norbert Wesseler übernimmt die Leitung zum 1. Januar 2012



Der 52-jährige Münsterländer tritt die Nachfolge von Hans Schulze an, der in den Ruhestand geht.

Norbert Wesseler studierte Rechtswissenschaften an der Universität in Münster. Nach der zweiten juristischen Staatsprüfung trat er 1989 in den Landesdienst bei der Bezirksregierung in Düsseldorf ein und wechselte 1992 ins Innenministerium NRW, zunächst zur Kommunalaufsicht. Ab 1995 arbeitete er im Ministerbüro und wurde 1997 persönlicher Referent

von Innenminister Franz-Josef Kniola und 1998 von Dr. Fritz Behrens. Seit 2005 ist er stellvertretender Leiter der Polizeiabteilung und als Gruppenleiter für die Bereiche Recht und Verwaltung zuständig.

»Ich freue mich sehr auf die Arbeit in Dortmund. Dortmund ist eine interessante Stadt mit vielen Herausforderungen für die Polizei«, sagte Wesseler. »Gemeinsam werden wir im täglichen Dienst und bei Großeinsätzen für die Sicherheit der Menschen in Dortmund sorgen.« */// Redaktion Streife*

Gesundheit geht uns alle an Das BGMPol benötigt Ihre Unterstützung bei einer Umfrage

Es ist wichtig, beim Thema Gesundheit jeden zu Wort kommen zu lassen und nicht nur einzelne Entscheidungsträger. Deshalb wird das Behördliche Gesundheitsmanagement der Polizei (BGMPol) eine Umfrage zum Thema Gesundheitsförderung durchführen. Die Teilnahme an der Umfrage dauert nur fünf Minuten – das Ergebnis hat Einfluss auf die nächsten Jahre.



Seit Oktober 2010 ist die »Dienstvereinbarung zum Behördlichen Gesundheitsmanagement der Polizei NRW« in Kraft. Die Behörden sind darin aufgefordert, ein gezieltes behördenindividuelles Konzept zur Gesundheitsförderung zu entwickeln und umzusetzen. Das BGMPol interessiert, wie die Beschäftigten der Polizei NRW die Umsetzung des Behördlichen Gesundheitsmanagements an ihrem Arbeitsplatz erleben. Die Teilnahme wird rund 5 Minuten in Anspruch nehmen.

Die Umfrage wird über das Intrapol voraussichtlich noch im Dezember 2011 gestartet und bis Januar 2012 laufen. Sie richtet sich an alle Beschäftigten der Polizei NRW, ist freiwillig und erfolgt anonym.

Die Ziele der Umfrage:

- > Alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Polizei NRW sollen in den Aufbau und die Steuerung des für sie installierten behördlichen Gesundheitsmanagements einbezogen werden.
- > Es sollen wichtige weiterführende Erkenntnisse hinsichtlich des Informationsgrades und der Wünsche und Wertungen aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zum Gesundheitsmanagement der Polizei gesammelt werden.

Wir bitten alle Beschäftigte der Polizei NRW, sich über das Intranet an dieser Umfrage zu beteiligen. *///*

Regine Babenhauserheide

»Gabriel« an alle: Die Landesleitstelle der Polizei Nordrhein-Westfalen sucht Verstärkung für ihr Team

»Gabriel«, so heißt die Landesleitstelle (LLSt) der Polizei NRW, die zurzeit ihren Sitz in Neuss hat. Hier, im Teildezernat 41.1 des Landesamts für Zentrale Polizeiliche Dienste (LZPD), arbeiten Polizistinnen und Polizisten zusammen, die aus vielen verschiedenen Bereichen der Polizei NRW stammen. Sie sind rund um die Uhr kompetente Ansprechpartner für die 47 Kreispolizeibehörden (KPB) und unterstützen diese bei ihren Aufgaben. Die LLSt ist noch jung, aber stets nah am Geschehen. Das Landeslagebild wird hier täglich aktuell erstellt – auch für Sie!

Polizeiliche Standardsachverhalte, wie z. B. die Ringalarmfahndung, die Suche nach vermissten Personen oder der Verdacht auf Unkonventionelle Spreng- und Brandvorrichtungen (USBV) sind ihr tägliches Brot, aber auch Bedrohungslagen, grenzüberschreitende Observationen und Flugzeugabstürze halten die Kolleginnen und Kollegen der Landesleitstelle auf Trab. Ob Kräfteanforderungen, Fahndungslagen, Unglücksfälle oder Demonstrationen – das Aufgabenspektrum der polizeilichen Arbeit ist für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Landesleitstelle vielschichtig, abwechslungsreich und anspruchsvoll. »Gabriel« hält Kontakt zu den eingesetzten Kollegen, egal ob zu Lande, zu Wasser oder in der Luft.

Personalbedarf durch geplanten Umzug nach Duisburg

Künftiger Sitz der Landesleitstelle wird ein Neubau im Binnenhafen von Duisburg sein. Dort wird derzeit in der Nähe zum Haupthaus des LZPD NRW ein moderner Gebäudekomplex errichtet, in dem die Landesleitstelle ab 2013 mit modernster Technik ihre Aufgaben wahrnehmen wird.

Derzeit arbeiten 26 Polizeibeamtinnen und -beamte bei »Gabriel«. Doch nicht alle Mitarbeiter der Landesleitstelle werden mit nach Duisburg umziehen. Dadurch entsteht der Bedarf, das Team schon vor dem Umzug nach Duisburg zu verstärken. Die durchschnittliche Verwendungsdauer sollte drei bis fünf Jahre betragen. Eine längere Verwendung ist auf eigenen Wunsch möglich.

Die Landesleitstelle arbeitet nicht nur mit den 47 Kreispolizeibehörden, sondern auch mit dem Landeskriminalamt, dem Landesamt für Aus- und Fortbildung und Personalentwicklung, den Behörden der nicht-polizeilichen Gefahrenabwehr, der Bundespolizei, den Luftsicherheitsbehörden und Verkehrszentralen zusammen. Daneben ist die LLSt auch Ansprechpartner für die Medien. Sie ist das Bindeglied zwischen den Kreispolizeibehörden und dem Ministerium für Inneres und Kommunales in Düsseldorf.



Vielfältige Anfragen kurzfristig lösen

Die LLSt beschäftigt sich u. a. mit den folgenden Fragen:

- > Wie bekommt man bei Sofortlagen außerbehördliche Unterstützung, wenn es z. B. an der »längsten Theke der Welt« brennt?
- > Wer entsendet Spezialeinheiten, wenn sie gebraucht werden?
- > Wer besorgt einen Mantrailhund zur Suche nach einem vermissten Kind?
- > Wer stellt den Kontakt zum Kampfmittelbeseitigungsdienst, dem Amt für Arbeitsschutz oder zur Bundesanstalt für Flugunfalluntersuchung her?
- > Wer sorgt dafür, dass ich als Klettenfahrzeug bei einer Verfolgungsfahrt nach Verlassen meiner Kreispolizeibehörde (KPB) Funkkontakt zu meiner Leitstelle behalte?
- > Wer ist in NRW der Ansprechpartner für ausländische Polizeibehörden, wenn Polizei auch grenzüberschreitend tätig werden muss?

Man sieht: Hier laufen alle Drähte zusammen, und das im wahren Sinne des Wortes, denn es besteht zu jeder KPB mindestens ein »Draht«, zu manchen sogar mehrere dauerhaft geschaltete Telefonleitungen. Diese können in Konferenzen zusammenschaltet werden, so dass nicht nur die zugeschalteten KPB miteinander sprechen können, sondern auch einzelne Streifenwagen, wenn deren Betriebskanäle auf diese Leitungen aufgeschaltet werden. Auch mit Einführung des Digitalfunks wird die Landesleitstelle das Verbindungsglied zwischen den Behörden bleiben, wenn es um die polizeitaktischen Bereiche geht und Benutzergruppen zusammengeschaltet werden müssen.

Neben dem gesprochenen Wort liegt ein weiteres Augenmerk auf den schriftlichen Kommunikationswegen, insbesondere der EPOST810. Deren Be- und Auswertung sowie in- und externe Steuerung ist eine der Hauptaufgaben. Eines der Produkte ist als »Tägliches Landeslagebild« dem Intranet zu entnehmen. Quellen hierfür sind vor allem die WE-Meldungen (Meldungen wichtiger Ereignisse) der Kreispolizeibehörden. Die Landesleitstelle erhält Kenntnis über alle wichtigen Vorfälle. Sie ist stets in die Informationen über alle laufenden und anstehenden herausragenden Einsatzlagen eingebunden und gewährleistet den gewünschten Überblick über das Einsatzgeschehen des Landes NRW!

Eine zentrale Servicedienststelle

Auch wenn die Landesleitstelle keine operativen Einsätze führt, so sind wir als Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Landesleitstelle bei schwierigen Einsatzlagen stark gefordert. Bei komplexen Lagen, z. B. Geiselnahmen, bietet die Landesleitstelle als zentraler Ansprechpartner ein breites Leistungsspektrum für die KPB. Die LLSt versorgt sie mit Spezialeinheiten, geschlossenen Einheiten oder Sofortstärkungskräften. Sie stellt Tag und Nacht den Hubschrauber mit Bildübertragung zur Verfügung, schaltet Funkkonferenzen und vermittelt Telefonkonferenzen. Sie informiert die erforderlichen Fachberater, andere Behörden und das Ministerium für Inneres und Kommunales.

Es gibt noch eine Fülle von weiteren polizeilichen Aufgaben, in deren Bewältigung die LLSt durch unsere beiden Aufgabenschwerpunkte des Informations- und Kräftenmanagements eingebunden ist, z. B. das Suchen von vermissten Flugzeugen, das Beobachten der aktuellen Verkehrslage und des erforderlichen Staumanagements, die Steuerung von relevanten Informationen zu reisenden gewalttätigen Fußballfans, das Vermitteln von Betreuern für Kolleginnen und Kollegen nach belastenden Einsätzen und vieles Andere mehr.

Kurzum – die LLSt ist eine zentrale Servicedienststelle für die Kolleginnen und Kollegen im Einsatz. /// **Hans Jörg Sommerfeld**



INTERESSIERT?

Die LLSt arbeitet rund um die Uhr in drei Schichten und organisiert sich flexibel im Pool. Hospitationen sind jederzeit möglich; Sie können die LLSt aber auch einfach besuchen kommen: Einzeln oder in Gruppen.

Neue, engagierte Kolleginnen und Kollegen sind immer willkommen. Melden Sie sich bei Ihren Ansprechpartnerinnen oder -partnern:

POR'in Ulrike Herbold, Tel: 0203/41 75-41 10

(oder CN-Pol: 07-223-4110)

PHK Ferdi Philippsen, Tel: 0203/41 75-41 11

(oder CN-Pol: 07-223-4111)

LLSt allgemein: Tel: 0203/41 75-46 00

(oder CN-Pol: 07-223-4600)

Der Polizeiberuf ist nach wie vor attraktiv

Hervorragendes Ergebnis der Einstellungskampagne 2012

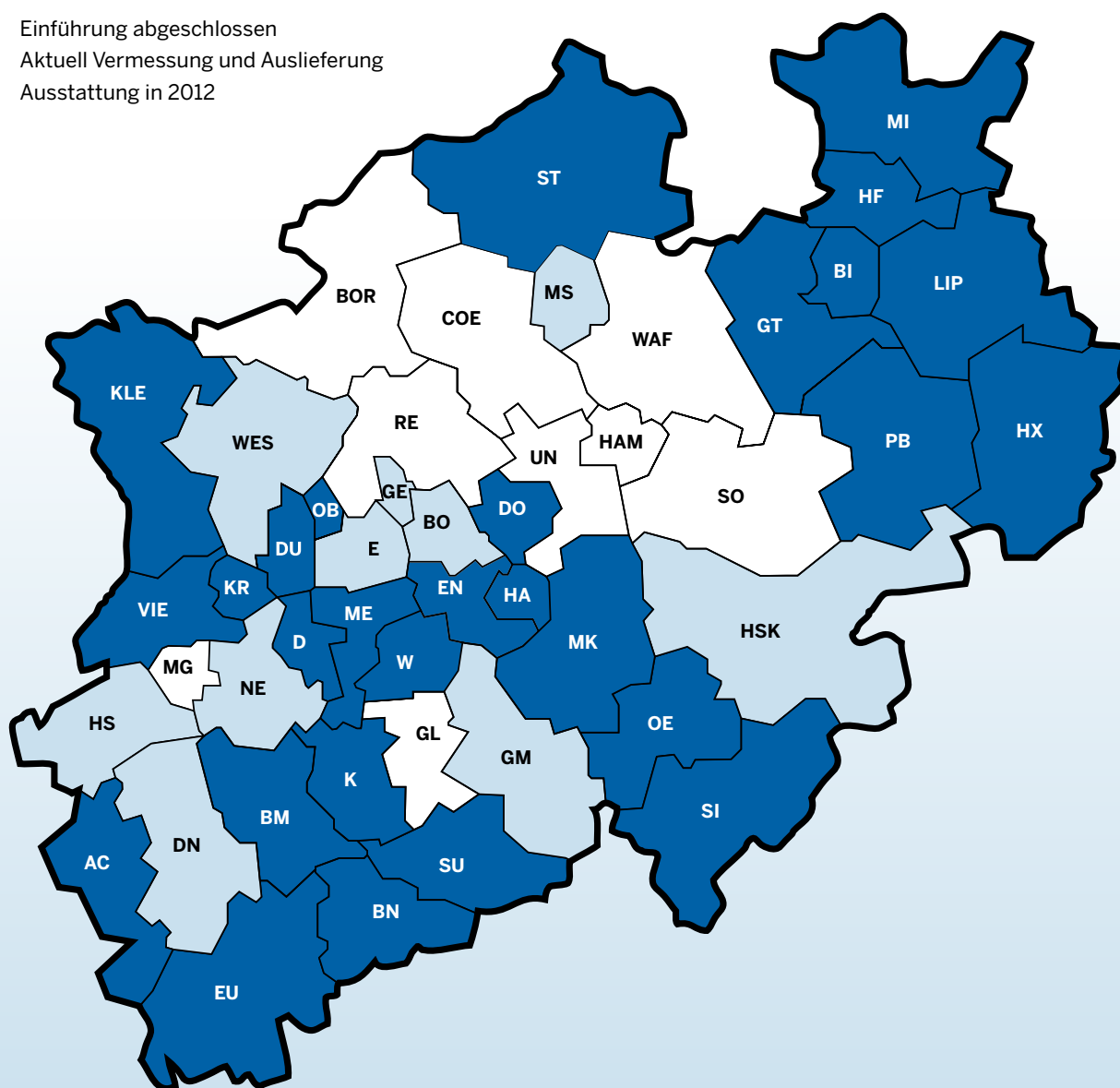
Am 3. November 2011 ist das Einstellungsverfahren für das Jahr 2012 nach vier Monaten Laufzeit erfolgreich zu Ende gegangen: Bis zum Stichtag gingen 8.252 Bewerbungen ein. Durch eine gezielte und intensive Nachwuchswerbung konnte trotz langfristig betrachtet rückläufiger Zahlen von Schulabgängern erneut bewiesen werden, dass der Polizeiberuf nach wie vor sehr attraktiv ist. Das Interesse an einem Direkteinstieg in den

gehobenen Polizeivollzugsdienst hat im Vergleich zum Vorjahr mit 8.252 Online-Bewerbungen gegenüber 7.530 im Jahr 2010 sogar noch einmal deutlich (um 722 Bewerbungen) zugenommen. Damit liegt für die durch Bestenauslese zu treffende Auswahl für den Einstellungstermin 1. September 2012 wieder eine mehr als ausreichende Anzahl an Bewerbungen vor. Insgesamt stehen 1.400 Ausbildungsstellen zur Verfügung. ///



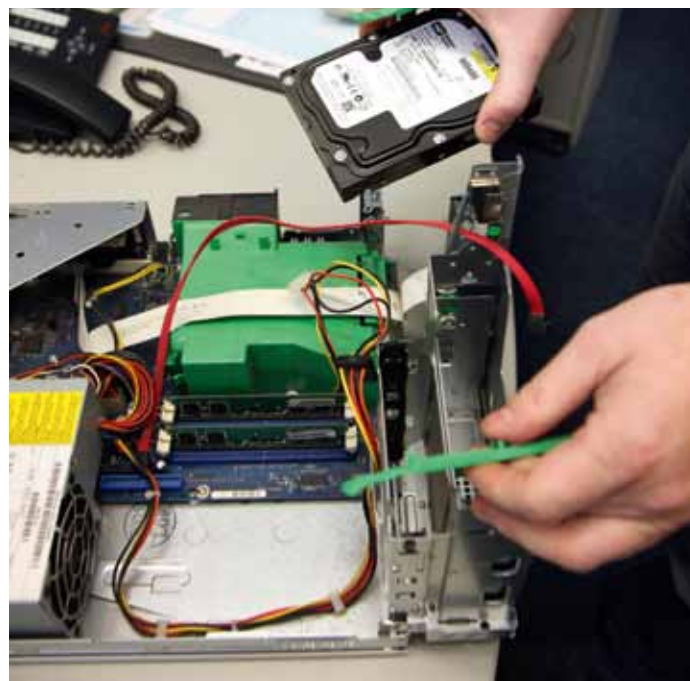
Ausstattungsstand »Blaue Uniform«

- Einführung abgeschlossen
- Aktuell Vermessung und Auslieferung
- Ausstattung in 2012



Austausch mit minutiöser Planung

Polizei in NRW erhält 7.700 neue Computer



Eigentlich dauert es nur knapp eine halbe Stunde, um einen alten Computer durch einen neuen zu ersetzen. Doch ehe es soweit ist, läuft die Vorbereitung beim Landesamt für Zentrale Polizeiliche Dienste Nordrhein-Westfalen (LZPD NRW) nach einem minutiös ausgearbeiteten Plan. Denn die turnusmäßige Reinvestitionsmaßnahme bei der Polizei in Nordrhein-Westfalen betrifft jährlich ein Viertel aller 32.000 Computerarbeitsplätze. Kein Computer, keine Tastatur und kein Bildschirm in den Behörden soll älter als vier Jahre sein.

Wolfgang Saul vom LZPD NRW weiß um die Dimension dieser Mammutaufgabe: »In diesem Jahr werden von uns rund 7.700 neue Rechner in die Dienststellen gegeben und dort installiert.« Mit einem Auftragsvolumen von knapp 6,7 Millionen Euro sorgt das Landesamt in Duisburg dafür, dass die Polizei NRW computertechnisch immer auf dem neuesten Stand ist. Das Rollout hat gerade begonnen. Abgewickelt wird es über das »Rollout-Center« von Fujitsu Technology Solutions in Düsseldorf.

Innerhalb von nur drei Monaten werden 7.700 Computerarbeitsplätze ausgetauscht. Dafür ist eine gute Vorbereitung und Organisation erforderlich. »Die neuen Rechner werden schließlich direkt an die Arbeitsplätze der Polizistinnen und Polizisten sowie an die Beschäftigten bei der Polizei in Nordrhein-Westfalen ausgeliefert und dort jeweils gegen die alten Geräte ausgetauscht«, erklärt Stephanie Turau vom LZPD NRW.

»Dieser Austausch lief früher nicht immer wie am Schnürchen«, räumt sie ein. »Denn nach dem Umstieg von der Schreibmaschine auf Computer wurden die Geräte von jeder Behörde je nach Bedarf selbst eingekauft.« Die Beschaffung stellte die Planer und Verwalter der Haushaltsmittel jedoch vor immer größere Probleme. Mal war noch Geld für Computer da, mal reichte es nicht mehr aus, um den Bedarf zu decken. Durch die Einführung des Vorgangsbearbeitungssystems IGVP und anderer neuer Anwendungen wurden in vielen Behörden zusätzliche PC-Arbeitsplätze erforderlich. Damit war abzusehen, dass auch der Ersatz der Altgeräte und die Wiederbeschaffungen für eine große finanzielle Belastung und organisatorische Herausforderung sorgen würden. Mit dem Start des Projekts Erwin (Erneuerung der Windows-Infrastruktur) im Jahre 2006 wurden dann die Weichen dafür gestellt, dass moderne und anforderungsgerechte Techniken und Vernetzungen erworben, aufgebaut und genutzt werden konnten.

Moderne PCs für jede Dienststelle

Seit dem Jahr 2007 wird die PC-Reinvestition in NRW zentral gesteuert und vom LZPD NRW abgewickelt. Die Prozesskette ist vom Hersteller bis zum Nutzer genau festgelegt: Die von Fujitsu Technology Solutions gefertigten Computer erreichen das Rollout-Center auf LKWs. Dort werden sie ausgepackt, geprüft und zum ersten Mal in Betrieb genommen. Dann wird jeder Rechner mit dem vom LZPD zertifizierten Image versehen. Es besteht aus dem eigenen Betriebssystem und der Softwareausstattung. Dabei erhält jeder einzelne Rechner auch bereits die Zuordnung zu seinem künftigen Einsatzort. »Um diese Aufgabe erfüllen zu können, hat das Rollout-Center sogar den Netzwerk-Status einer Polizeiwache erhalten«, berichtet Wolfgang Saul. »Denn nur so ist es in das CN-Pol eingebunden.«

Bei der Vorbereitung werden die gemeldeten Wunsch- und Ausschlusszeiten der einzelnen Behörde berücksichtigt. Eine ganz besondere Herausforderung stellt es dar, die realisierbaren täglichen Austauschraten der eigenen Teams mit der Leistungsfähigkeit und den unterschiedlichen Vorgehensweisen der behördlichen Administratoren-Teams in Deckung zu bringen.

Nach Behörden sortiert, warten die vorinstallierten und arbeitsbereiten Rechner auf den Tag, an dem sie am Arbeitsplatz des Mitarbeiters ankommen. Der Transport und der Austausch erfolgt durch die Logistik-Teams eines Spezialunternehmens.

Hat der PC seinen zukünftigen Arbeitsplatz erreicht, wird der in der Regel vier Jahre alte Rechner ausgewechselt. »Nach einem ersten Hochfahren des Betriebssystems und einer Prüfung der Hardware übernehmen die eigenen Administratoren der Behörden den Computerarbeitsplatz und bereiten ihn auf seine spezifischen Aufgaben vor«, so Stephanie Turau.

Die Entsorgung der Altgeräte ist inbegriffen

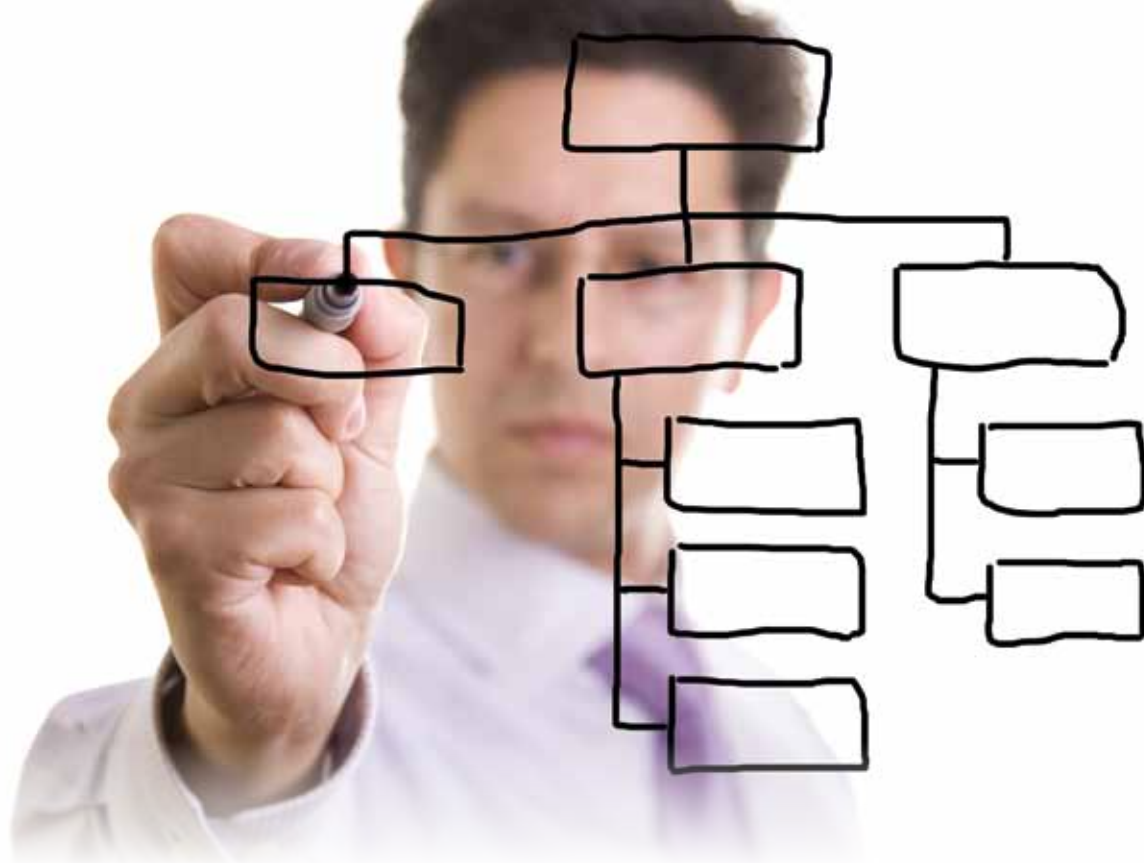
Die Festplatten der ausgedienten Rechner werden seit 2011 ebenfalls von dem Spezialunternehmen ausgebaut. Der Datenschutz ist gewährleistet, denn die Behörden vernichten die Festplatten anschließend nach dem Konzept zur Entsorgung von polizeilichen Datenträgern, das heißt: Das Herzstück des Rechners wird geschreddert und damit mechanisch unbenutzbar gemacht. Die Rechner werden dann ohne ihre Festplatten durch das Logistikunternehmen abtransportiert und entsorgt. »Monitore werden übrigens wieder aufbereitet und anschließend verkauft«, erklärt Stephanie Turau.

Die Festplatten ausgedienter Laptops werden nach den bestehenden Sicherheitsrichtlinien gelöscht, ehe sie von Fujitsu-Siemens ebenfalls in großen Chargen vermarktet werden. Die Erlöse aus den Verkäufen fließen dem Polizeishaft zu. Damit schließt sich der Kreislauf. ///

Hans-Jörg Sommerfeld



Hier fehlt noch eine BU



Erfolgreiche Polizeiarbeit mit zuverlässiger IT-Technik LZPD treibt Standardisierung voran

Die positiven Erfahrungen aus der Standardisierung der PC-Umgebungen an den Arbeitsplätzen der Polizei NRW wird auch auf weitere Bereiche wie z. B. Drucker, Scanner und Server übertragen. Hierzu bereitet das Landesamt für Zentrale Polizeiliche Dienste (LZPD) derzeit ein europaweites Vergabeverfahren für alle IT-Beschaffungen ab 2012 vor.

Erfolgreiche Polizeiarbeit ist ohne eine moderne technologische Basis nicht mehr denkbar. Die Bereitstellung der hierfür notwendigen Bausteine – PCs, Server, Drucker oder Netzwerke – erfordert den größten Teil des uns zur Verfügung stehenden Technikbudgets. Nur durch eine weitestgehende Standardisierung und Automatisierung der Prozesse – von der Beschaffung bis zum Einsatz – kann das Land NRW die Kosten und den administrativen Aufwand hier künftig reduzieren. Das strategische Ziel ist, die technische Komplexität weiter zu reduzieren und für alle Anwender eine einfache Bedienbarkeit der technischen Geräte zu ermöglichen. Eine standardisierte Technikplattform ermöglicht zudem, alle verwendeten Geräte durch schnelle Aktualisierungen von Sicherheitsfunktionen auf aktuellem Stand zu halten. Dies wird angesichts immer schnellerer und umfangreicherer Schadsoftware immer wichtiger. Darüber hinaus sind die neuen PCs wesentliche Grundlage für die in der nächsten Zeit vorgesehene Modernisierung der Betriebssysteme und Officeprodukte in allen Polizeibehörden. ///

Andreas Lezgus

DIE WICHTIGSTEN STRATEGISCHEN ZIELE SIND:

- > Reduzierung der Kosten und des administrativen Aufwandes für die Bereitstellung der technologischen Basis für die tägliche Polizeiarbeit
- > Reduzierung der Komplexität durch weitestgehende Standardisierung und Automatisierung der Installationsprozesse
- > Verbesserung bei den notwendigen Funktionen im Bereich Informationssicherheit: Schnelle Aktualisierung aller 32.000 PCs mit aktuellsten Sicherheitsupdates
- > Verbessertes Lizenzmanagement durch Ausnutzung von Volumeneffekten bei der zentralen Beschaffung
- > Grundlage für die neuen Betriebssysteme und Office-Produkte im Rahmen des Projektes MoWin (Modernisierung der Windows-Infrastruktur)
- > Transparente und vorhersehbare technische Beschaffungen für die Behörden (Planbarkeit und bessere Einsatzmöglichkeiten in den Polizeibehörden)
- > Weitere Standardisierung über die neue europaweite Ausschreibung IT-Beschaffung 2012 (Peripheriegeräte Drucker, Scanner, Notebooks, etc.)

FORTBILDUNGSSEMINARE IM ERSTEN HALBJAHR 2012

»POLIZEI UND GEWALT –

GEDANKEN ZU EINEM AMBIVALENTEN VERHÄLTNIS«

Termine:

9. bis 13. Januar in der Kath. Bildungsstätte Elkeringhausen

26. bis 30. März in der Kath. Akademie Schwerte

17. bis 21. September und 19. bis 23. November in der
Landvolkshochschule Hardehausen

10. bis 14. Dezember in der Bildungsstätte Liborianum
Paderborn

MOTORRADFAHRERSEMINAR

Seminar mit staatsbürgerlichen-, sozial- und berufsethischen
Inhalten, Auseinandersetzung mit deutscher Geschichte und
Gegenwart am Beispiel des Harzes

Termin: 7. bis 11. Mai in Wernigerode

EUROPASEMINAR

Seminar zum Thema »Veränderungen in Europa 2012« als
staatsbürgerliches-, sozial- und berufsethisches Seminar
Termin: 20. bis 24. Mai in Hofheim, Wiesbaden und Frankfurt/Main

Kosten der Fortbildungsseminare: 23 € pro Tag und Teilneh-
mer für Vollpension, die während des Seminars eingesammelt
werden. Für das Europaseminar mit gemeinsamer Anreise
voraussichtlich 170 € für Übernachtung mit Frühstück pro
Person im Doppelzimmer und 240 € im Einzelzimmer plus
Nebenkosten.

FREIZEITVERANSTALTUNGEN IM ERSTEN HALBJAHR 2012

KULTURTAGE MIT BESUCH DER »HEILIG-ROCK-WALLFAHRT«

»Religion ist die Mutter der Kultur« – Der Kern dessen, was
man christliches Abendland nennt, verliert sich immer mehr.
Lässt sich Europas kulturelle Höhe halten, wenn sein innerer
Motor stottert?

Termin: 15. bis 19. April in der Pfalz und in Trier

Kosten: voraussichtlich 150 € für Übernachtung mit
Frühstück pro Person im Doppelzimmer und 200 € im
Einzelzimmer bei eigener Anreise oder in Gruppen.

BILDUNGS- UND KULTURTAG »FRANZISKUS – MENSCHENBILDER«

Veranstaltung im Rahmen des Jubiläums 2012 »50 Jahre
Verordnung Polizeiseelsorge NRW«

Termin: 26. April 2012, 10.00 bis 16.00 Uhr in Paderborn

Teilnahmegebühr: 10 € (inkl. Verpflegung, Eintritt und
Führung durch die Ausstellung »Franziskus – Menschenbilder«
im Diözesanmuseum Paderborn)

FAMILIENFERIENFREIZEIT

Freizeit für Polizeifamilien oder Kollegen/innen ohne Kinder

Termin: 7. bis 14. Juli in Grömitz

Teilnahmekosten: 290 € für Erwachsene und für Kinder
nach Alter gestaffelt für Unterkunft im Ferienhaus und
Halbpension bei Eigenanreise.

INFORMATION UND ANMELDUNG:

Polizeiseelsorge im Erzbistum Paderborn

Polizeidekan Msgr. W. Bender

Carl-Sonnenschein-Weg 6

33758 Schloss Holte-Stukenbrock

Telefon: 05207-99 59 37

Fax: 05207-99 59 68

e-mail: polizeiseelsorge@erzbistum-paderborn.de

internet: www.polizeiseelsorge-erzbistum-paderborn.de

Polizei im interkulturellen Dialog

Ganztagsveranstaltung im Polizeipräsidium Köln

Erstmals beteiligte sich das Polizeipräsidium Köln am 16. Oktober 2011 mit einer ganztägigen Veranstaltung an der Interkulturellen Woche Köln (IKW), die zum 25. Mal ausgetragen wurde.

Die Vielfalt der Kulturen in besonderem Maße zu berücksichtigen, ist ein erklärtes Ziel der strategischen Ausrichtung des PP Köln, die unter dem Leitsatz »Orientierung 2020 – Vertrauen in Sicherheit« zu Beginn dieses Jahrzehnts formuliert wurde. Das elfstündige Programmangebot stand deshalb unter dem Motto: »Zusammenhalten – Sicherheit gewinnen. Polizei Köln im interkulturellen Dialog.«

Informationsstände zur Polizeiarbeit, vier Diskussionsrunden, neun Fachvorträge, Hausführungen zur Leitstelle und zum Polizeigewahrsam sowie Präsentationen von Integrationsprojekten boten eine breite Auswahl, um das Interesse der Besucherinnen und Besucher zu wecken.

Das Veranstaltungskonzept war ganz auf den Dialog zwischen dem Publikum und der Polizei ausgerichtet. In einem Werbe-flyer und in Anschreiben an Vereine, Institutionen und Organisationen, die sich mit Integrationsarbeit beschäftigen oder die Interessen von Zuwanderern vertreten, hieß es: »Wir wollen etwas über Menschen mit Migrationshintergrund erfahren, ihre Bedürfnisse gegenüber der Polizei kennenlernen, wie wir auch unsere Arbeit für die Sicherheit der Menschen in unserer Stadtregion erklären wollen.«

Lebhafte Diskussionsrunden

Großes Interesse fanden die Diskussionsrunden, die im 90-Minuten-Takt zum Meinungsaustausch einluden. In seiner Begrüßungsansprache brachte es Polizeipräsident Wolfgang Albers auf den Punkt: »Wir legen Wert auf den interkulturellen Dialog. Die Polizei Köln ist die Polizei aller Bewohnerinnen und Bewohner unserer Stadtregion. Wir wollen auch, dass alle hier lebenden Bürger uns als ihre Polizei ansehen und dass sie uns auch vertrauen.«

Eröffnet wurde die Diskussionsreihe mit der Fragestellung: »Ist die Stärkung der integrativen Stadtgesellschaft auch ein Beitrag zur Stärkung der Sicherheit?« Unter der Moderation von Parniean Soufiani vom WDR-Büro für Integration und kulturelle Vielfalt kamen Ina Beate Fohlmeister, Leiterin des Interkulturellen Referats der Stadt Köln, Susana dos Santos Herrmann, Vorsitzende des Polizeibeirates beim PP Köln, Tayfun Keltok, Vorsitzender des Kölner Integrationsrates, und Udo Behrendes, Leiter des Leitungsstabes beim PP Köln, zwar zu einem eindeutigen »Ja«, gleichwohl wurde deutlich, dass es zwischen theoretischer Erkenntnis und praktischer Umsetzung noch einige Lücken zu schließen gilt. So wurden unmittelbar nach der Diskussion direkt Nägel mit Köpfen gemacht und ein konkretes Projekt mit Eltern und Schülern mit Zuwanderungshintergrund vereinbart.

»Warum kontrollierst du mich?« hieß es in der anschließenden Diskussion mit Polizisten und Schülern unter der Leitung von Daniela Hunold vom Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Strafrecht, die danach Zwischenergebnisse der Forschungsstudie »Polizei und Jugendliche in multi-ethnischen Gesellschaften« vorstellte. Dabei handelt es sich um eine mehrjährige Vergleichsuntersuchung über französische und deutsche Jugendliche im jeweiligen Verhältnis zur Polizei.

Die folgende Diskussion »Ist Vertrauen möglich?«, an der u.a. neben Frau Hunold der wegen seiner sozialen Integrationsprojekte bundesweit bekannte Kölner Pfarrer Franz Meurer teilnahmen, führte zu einer eindeutigen Antwort, die Pfarrer Meurer auf bestem Kölsch so zusammenfasste: »Wenn ich mich selbst glücklich machen will, muss ich mich um andere kümmern.«

Über den Tag verteilte Fachvorträge behandelten kriminalpolizeiliche Präventionsthemen, aber auch das deutsche Versammlungsrecht, das Thema »Sport und Gewalt« und das Thema »Zugang zum Polizeiberuf für junge Menschen mit Zuwanderungsgeschichte«.

Kids for future

Es gab noch mehr an diesem Tag, zum Beispiel die Präsentation des von Boxweltmeister Felix Sturm unterstützten Projekts »Kids for future«. Es wurde von Boxathleten, qualifizierten Trainern, Pädagogen und vom Verein Faustkämpfer Köln-Kalk ins Leben gerufen, die ihren sozialen Auftrag in der Förderung von Kindern und Jugendlichen aus sozialen Brennpunkten in Köln sehen, viele davon mit Migrationshintergrund.

Nicht fehlen durften schließlich künstlerische Kulturformen. Die Kölner Polizeibeamtin und Künstlerin Barbara L. Mayer ließ unter musikalischer Hip Hop-Begleitung durch DJ Tomekk und dem New Yorker DJ Mike la Rock von internationalen Models ihre Modekollektion NYC vorführen und setzte damit einen viel beachteten Farbtupfer. Der Abend gehörte dann internationalen Chören und lud alle Gäste zum Mitsingen ein. Von zwei engagierten Frauen der Diakonie Köln-Michaelshoven und der VHS Köln organisiert sowie unter der Mitwirkung des Frauenchors der Polizei Köln hieß das Motto »Loss mer singe – in vielen Sprachen Kölns«.





Sängerinnen und Sänger trugen nicht nur Lieder aus ihren Kulturkreisen vor, sondern sangen auch gemeinsam. Sprachprobleme gab es wegen der im Publikum verteilten Textvorlagen nicht, auch wenn beim wunderbar melodiosen »Vater unser« auf Kisuaheli doch der ein oder andere Zungenbrecher eingebaut war.

Tags darauf berichtete u. a. die türkischsprachige Zeitung *Hürriyet* in großer Aufmachung. Als Überschrift wurde ein Zitat aus der Begrüßungsansprache von Polizeipräsident Wolfgang Albers verwandt: »Wir sind die Polizei von allen«. ///
Gerd Diefenthaler

Die Interkulturelle Woche ist eine Initiative der Deutschen Bischofskonferenz, der Evangelischen Kirche in Deutschland und der Griechisch-Orthodoxen Metropolie. Sie wird von den Gewerkschaften, Wohlfahrtsverbänden, Kommunen, Ausländerbeiräten und Integrationsbeauftragten, Migrantenorganisationen und Initiativgruppen unterstützt und mitgetragen.

1975 unter dem Begriff »Tag des ausländischen Mitbürgers« gegründet, entwickelte sich die Initiative bundesweit und trägt seit 1991 den Namen »Interkulturelle Woche«. Inzwischen ist sie in mehr als 400 Städten, Landkreisen und Gemeinden mit rund 4.000 Veranstaltungen fester Bestandteil des Kulturlebens. Teilweise sind aus der Woche schon Wochen geworden. Das jährliche Motto (2011: »Zusammenhalten – Zukunft gewinnen«) wird vom nationalen Vorbereitungsausschuss in Frankfurt vorgegeben.

Arbeit darf nicht krank machen LZPD NRW erhält Auszeichnung für gelungenen Arbeitsschutz



Die Unfallkasse Nordrhein-Westfalen hat in diesem Jahr zum vierten Mal Prämien für guten Arbeits- und Gesundheitsschutz vergeben. Einer der Preisträger ist das Landesamt für Zentrale Polizeiliche Dienste (LZPD NRW).

Bei dem Wettbewerb der Unfallkasse werden Betriebe ausgezeichnet, die vorbildliche Präventionsarbeit leisten und sich mit geeigneten Konzepten um die Gesundheit ihrer Mitarbeiter sorgen. Die Beauftragte des LZPD für den Arbeitsschutz, Beate Hundt, und der zuständige Sachgebietsleiter Michael Kempchen haben die von ihnen entwickelten Konzepte zur wirksamen Vermeidung von Arbeitsunfällen, Berufskrankheiten und arbeitsbedingten Gesundheitsgefahren in Zusammenarbeit mit den 24 Sicherheitsbeauftragten und den sieben Fachkräften für Arbeitssicherheit umgesetzt.

Abteilungsleiter Rainer Pannenbäcker konnte hierfür am 8. November 2011 den Preis in der Gebläsehalle des Landschaftsparks Duisburg-Nord entgegennehmen. »Die damit verbundene Prämie in Höhe von 10.000 Euro soll für die Beschaffung von Sport- und Fitnessgeräten genutzt werden und damit allen Beschäftigten zugutekommen.« ///

Hans-Jörg Sommerfeld

Wenn ein Angehöriger zu einem Pflegefall wird »Tag der Pflege« im Abteizentrum Duisburg-Hamborn

Mehr als 200 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des PP Duisburg fanden am 8. November 2011 den Weg in das Tagungszentrum im Duisburger Norden. Zentrale Themen dieses Informationstags waren die Finanzierung von Pflege, die Patientenverfügung, aber auch Aspekte wie die Pflegeversicherung, Wohnberatung oder die Vereinbarkeit von familiärer Pflegesituation und Beruf. Hans Liebal (Diakonie Duisburg) referierte beispielsweise eindrucksvoll zum Thema Vollmacht, Betreuung und Patientenverfügung. Der Andrang an den Beratungsständen war sehr stark und die Formulare schnell vergriffen. Auf einem »Markt der Möglichkeiten« gab es zusätzlich



individuelle Beratungsangebote der verschiedenen Organisationen und Wohlfahrtsverbände. Praktische Anleitungen im Umgang mit dem zu pflegenden

Angehörigen rundeten das Angebot ab. Eine gelungene Veranstaltung zum »Tag der Pflege« ///

Stefan Hausch



Bildungswochen

„Die Deutsche Einheit ist volljährig...!“
Geschichte – aktuelle Situation –
und was es mit uns zu tun hat

10. – 14.09. • Dresden (GS: Westfalen)
Leitung: Pfarrer Jochen Voigt
Kosten: 150,- € p.P.

**„Führung und Verantwortung in
Staat, Politik, Wirtschaft, Kirche
und Polizei“**

2. Jahreshälfte (siehe Internet) • Berlin (GS: Westfalen)
Leitung: Pfarrer Burkhard Müller
Pfarrer Jan-Chr. Borries
Kosten: 180,- € p.P.

Familien- bildungswochen

**„Geschlechtergerechtigkeit und
Gleichbehandlung“**

15. – 19.10. • Burg Bodenstein (GS: Westfalen)
Leitung: Pfarrer Jochen Wahl
Kosten: Erw. 100,- €, Kinder ab 14 J. 80,- €
ab 10 J. 50,- €, bis 9 J. 40,- €

**„all hands on deck – was eine(r)
allein nicht schafft, das schaffen
wir zusammen“**
Segelfreizeit für Familien

13. – 17. 8. • Rufus-Segelhof NL Broek (GS: Westfalen)
Leitung: Pfarrer Thomas Hammermeister-Kruse und Team
Kosten: 125,- € p.P.

Familien- wochenenden

„Das Leben ist kein Ponyhof“

27.-29.04. • Eslohe, Ponyhof Meier (GS: Rheinland)
Leitung: Pfarrer Thomas Hammermeister-Kruse
und Team
Kosten: Erw. 60,- €, Kinder 40,- €

Vater und Kind Seminar

26.-28.10. • Haus Ahorn (GS: Westfalen)
Leitung: Jörg Wetjen
Kosten: Erw. 60,- €, Kinder 40,- €

**„Adventszeit – Zeit der
Besinnung?!“**

30.11.-2.12. • Eslohe, Ponyhof Meier (GS: Rheinland)
Leitung: Pfarrer Dietrich Bredt-Dehnen
Pfarrer Claudia Heinemann und Team
Kosten: Erw. 65,- €, Kinder 45,- €

Berufsethische Fachseminare

„Problemfeld Todesbenachrichtigungen“

27.-28.03. • Hilden, IöV NRW (GS: Rheinland)
Leitung: Pfarrer Folkhard Werth
Pfarrer Bianca van der Heyden
Kosten: 40,- € p.P.

**Stille-Seminar: „...denn du hältst
mich bei meiner rechten Hand“**

19.-23.03. • Rengsdorf, Haus der Stille (GS: Westfalen)
Leitung: Pfarrerin Astrid Taudien
Pfarrer Judith Palm
Kosten: 185,- € p.P.

**„Loslassen!“ – Den Körper als
Verbündeten betrachten, Zittern als
Stärke erleben**

TRE®- Körperübungen nach David Berceli
24.04. • Schwerte, Haus Villigst (GS: Westfalen)
Leitung: Pfarrerin Astrid Taudien
Kosten: 20,- € p.P.

**„Männer kommen vom Mars, Frauen
von der Venus“ – Wie kann die Zu-
sammenarbeit trotzdem gelingen?**

24.-25.04. • Engelskirchen, Malteser Kommende (GS: Rhld.)
Leitung: Pfarrerin Regina Kulpe von Eckardstein
Pfarrer Folkhard Werth
Dagmar Diefenthaler
Gleichstellungsbeauftragte PP Köln
Kosten: 40,- € p.P.

**„Alles unter einem Hut?“ – Frauen
zwischen Teilzeitarbeit und Familien-
management**
Seminar für Polizistinnen

8.-9.05. • Steinfurt, Haus Karneol (GS: Westfalen)
Leitung: Pfarrerin Astrid Taudien
Pfarrer Judith Palm
Kosten: 40,- € p.P.

**„Meine Zeit bei SE – was kommt
danach?“**

15.-16.05. • Wuppertal, ThZW (GS: Rheinland)
Leitung: Pfarrer Folkhard Werth
Pfarrer Ulrich Zinke
Kosten: 40,- € p.P.

**„AUS-ZEIT“ – Schnuppertage
Spiritualität**

21.-23.05. • Kall, Kloster Steinfeld (GS: Rheinland)
Leitung: Pfarrer Werner Schiewek
Pfarrer Dietrich Bredt-Dehnen
Kosten: 75,- € p.P.

**Stille-Tage: „Du stellst meine
Füße auf weiten Raum...“ (Psalm 31,9)**

4.-6.06. • Rengsdorf, Haus der Stille (GS: Rheinland)
Leitung: Pfarrerin Claudia Heinemann u. Pfarrerin Judith Palm
Kosten: 110,- € p.P.

**„Ich habe (keine) Zeit!“ – Last und
Entlastung im Berufsalltag**
Seminar für Führungskräfte h.D.

12.-13.06. • Wuppertal, ThZW (GS: Rheinland)
Leitung: Pfarrer Dietrich Bredt-Dehnen
Pfarrer Werner Schiewek
Kosten: 40,- € p.P.

**„Wie war dein Tag?“ – Polizeialltag
zwischen Anspruch und Wirklichkeit**
Ökumenisches Seminar

18.-19.09. • Steinfurt, Haus Karneol (GS: Westfalen)
Leitung: Pfarrerin Astrid Taudien
Pastoralreferent Mario Schleyen
Kosten: 40,- € p.P.

**„Der Übergang: Die letzten Berufs-
jahre – die ersten Jahre danach“**

11.10. • Haus Villigst (GS: Westfalen)
Leitung: Pfarrer Roland Krämer
Hans Jörg Richard, Männerarbeit im Kirchenkreis Schwelm
Kosten: 20,- € p.P.

**„Ich weiß gar nicht, was ich sagen
soll“ – Vom Umgang mit Kollegen,
die ein Unglück trifft**

30.-31.10. • Wuppertal, ThZW (GS: Rheinland)
Leitung: Pfarrer Folkhard Werth
Pfarrer Thomas Hammermeister-Kruse
Kosten: 40,- € p.P.

„Damit habe ich nicht gerechnet...“
Seminar für Trauernde in der Polizei

26.-29.11. • Kall, Kloster Steinfeld (GS: Rheinland)
Leitung: Pfarrer Reinhard Behnke
Pfarrer Christine Unrath
Kosten: 110,- € p.P.

„Alles unter Kontrolle!?“

Tagesseminar für Polizisten (Männer)
22.11. • Wuppertal, ThZW (GS: Rheinland)
Leitung: Pfarrer Folkhard Werth
Päd. Ref. Jürgen Rams
Kosten: 20,- € p.P.

**Stille-Seminar: „Von Wind, Meer und
den Stürmen des Lebens“**

26.-30.11. • Rengsdorf, Haus der Stille (GS: Rheinland)
Leitung: Pfarrerin Astrid Taudien
Pfarrer Bianca van der Heyden
Kosten: 185,- € p.P.

Anmeldung und Infos

bei den jeweils
genannten Geschäfts-
stellen (GS) der
Landespfarrämter

Westfalen:

Landespfarramt der EKvW für den
Kirchlichen Dienst in der Polizei
Ursula Horsch
Melchersstr. 57 · 48149 Münster
Tel. 0251/2006880 · Fax: 0251/2006881
e-mail: kirchlicher.dienst.muenster@t-online.de
www.polizeiseelsorge-westfalen.de

Rheinland:

Landespfarramt für
Polizeiseelsorge der EKIR
Sabine vom Bey
Missionsstr. 9 a/b · 42285 Wuppertal
Tel. 0202/2820350 · Fax: 0202/2820360
e-mail: polizeiseelsorge@ekir.de
www.polizeiseelsorge-rheinland.de

Hinweis zum Thema „Dienstbefreiung“

Gem. Art. 11 der „Vereinbarung über die Wahrnehmung der Ev. Polizeiseelsorge im Land Nordrhein-Westfalen“ (Mbl. NW 1962, S. 1355) können Sie nach § 7 Satz 1 Nr. 3 als Polizeibeamtin/Polizeibeamter Dienstbefreiung beantragen. Die Seminare werden gemäß den Bestimmungen des Weiterbildungsgesetzes (WbG) durchgeführt.

Grease! – das Rock'n'Roll-Kultmusical Die Streife verlost 2x2 Freikarten für den Musical Dome Köln

Grease! – das ist ein knallbunter Musical-Spaß aus Petticoats und Partys, Pferdeschwänzen und Pferdestärken, Cadillacs und Rebellion und natürlich Liebe – zum begeisternden Sound von unvergessenen Hits wie »You're The One That I Want«, »Grease Is The Word«, »Summer Nights« oder »Sandy«.

Es geht um die Liebesgeschichte zwischen dem coolen Danny und der schüchternen Sandy, die sich nach einem Urlaubsflirt zu Schuljahresbeginn unter neuen Vorzeichen an der Rydell High School wiedertreffen. Nicht zuletzt die legendäre Verfilmung des Musicals 1978, mit der sich John Travolta und Olivia Newton-John als neues Hollywood-Traum-paar in die Herzen der Zuschauer auf der ganzen Welt sangen, machte »Grease« zu einem der erfolgreichsten Musicals aller Zeiten.

Die englische Original-Inszenierung stammt von Starregisseur David Gilmore. Sie löste Anfang der 1990er Jahre ein wahres Grease-Revival am Londoner West-End und in Großbritannien aus. David Gilmore hat das Musical für den deutschsprachigen Raum noch einmal neu überarbeitet. Es zeichnet sich durch schnelle Choreographien, pointierte Dialoge und gefühlvolle Gesangsnummern aus.

»Grease« ist vom 25. Januar bis 19. Februar 2012 im Musical Dome in Köln zu sehen – die Streife verlost 2x2 Freikarten dafür.

Alle Streife-Leser erhalten bei Angabe Ihrer Kunden-PIN 2384 bei der Tickethotline 0211 / 73 44 120 eine Ermäßigung von 10 Prozent auf die Vollpreiskarte. Die Ticketpreise liegen zwischen 19,90 € bis 79,90 € zzgl. Vorverkaufsgebühr und 2,00 € Systemgebühr.

Um an der Verlosung teilzunehmen, müssen Sie jetzt nur noch das richtige Lösungswort auf einer ausreichend frankierten Postkarte oder per E-Mail bis zum 15. Januar einsenden an:

Ministerium für Inneres und Kommunales NRW,
Redaktion *Streife*, Haroldstraße 5, 40213 Düsseldorf,
E-Mail: streife@mik.nrw.de

Bitte der Redaktion: Bei E-Mails im Betreff nur PREISRÄTSEL eintragen und grundsätzlich die vollständige Privatadresse angeben. Danke!

Sing-vogel	▼	Abk.: Espe-ranto	▼	Vertrauensmissbrauch	Zierstrauch	Berg, Hügel	Ortsbestimmung	▼	Weltorganisation (Abk.)
Sportanlage	▶	▼			▼	▼	▼		Musikzeichen
Windrichtung	▶	↻ ₁		Vereinigung, Bündnis	▶				▼
Verständigungsmittel	▶				↻ ₂			überlieferte Erzählung	
essbare Pflanzen		Kurzwort für Memo-randum		männl. Vorname persönl. Fürwort	▶			▼	
▶		↻ ₄					Umlaut	▶	
inhaltslos	▶				wildes Durcheinander		Nagetier		Glatt-, Wühl-echse
schwanzloser Lurch		mit dem Löffel in Bewegung bringen		Schreibweise	röm. Göttin	▶	▼		▼
▶	▼		▼		↻ ₃	Abk.: Lastkraftwagen		poe-tisch: Adler	
kurz: Religionsunterricht		tro-pische Schling-pflanze		sibir.-mongol. Grenz-gebirge	▶	▼		▼	↻ ₅
▶	↻ ₆	▼		Kohlenwas-serstoff männl. Vorname	▶				
Organisation, die Not lindert	▶							↻ ₇	
ägypt. Sonnengott	▶		Zeichen für Titan						
Wasservogel	▶		▼	↻ ₈					
Missgunst	▶								

sl1015.1-1

Auflösung des letzten Rätsels

■ S ■ U ■ A ■ N ■ G ■ G ■ N ■
 ■ A ■ P ■ P ■ A ■ R ■ A ■ T ■ E ■ A ■ G ■ G ■ R ■ E ■ G ■ A ■ T ■
 ■ C ■ O ■ S ■ R ■ A ■ U ■ S ■ H ■ E ■ B ■ E ■ R ■ N ■
 ■ H ■ P ■ B ■ A ■ D ■ E ■ N ■ W ■ N ■ A ■ T ■ U ■ R ■
 ■ L ■ U ■ X ■ U ■ S ■ T ■ S ■ P ■ I ■ C ■ K ■ E ■ N ■ T ■
 ■ I ■ L ■ N ■ E ■ I ■ S ■ E ■ R ■ N ■ E ■ T ■ T ■ A ■ L ■
 ■ C ■ A ■ S ■ T ■ I ■ N ■ G ■ R ■ E ■ N ■ I ■
 ■ T ■ H ■ E ■ S ■ E ■ D ■ E ■ V ■ I ■ S ■ E ■ N ■
 ■ R ■ O ■ S ■ T ■ E ■ N ■ E ■ S ■ R ■ A ■

(1-10) Herbstlaub

1	2	3	4	5	6	7	8
---	---	---	---	---	---	---	---



IMPRESSUM

Impressum

Herausgeber

Ministerium für Inneres und Kommunales
des Landes Nordrhein-Westfalen
Haroldstraße 5, 40213 Düsseldorf

Verantwortlich

Ludger Harmeyer,
Leiter des Referates Presse- und
Öffentlichkeitsarbeit

Redaktionsleitung

Ralf Hövelmann
Ministerium für Inneres und Kommunales NRW
Referat Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Redaktion *Streife*
Haroldstraße 5, 40213 Düsseldorf
Tel. (0211) 871-23 66
Fax (0211) 871-23 44

CN-PolNRW 07-221-2366
Internet: www.streife.polizei.nrw.de
E-Mail: streife@mik.nrw.de
ISSN 0585-4202

Schlussredaktion

pressto GmbH, Köln

Autorinnen und Autoren dieser Ausgabe:

Regine Babenhauserheide (MIK),
Peter Bandermann, Dr. Jörg Bockow,
Katerina Breuer, Gerd Diefenthaler (PP Köln),
Uwe Ganz (LAFP NRW),
Nina Golücke (KPB Mettmann),
Stefan Hausch (PP Duisburg),
Ralf Hövelmann (MIK),
Jürgen Lankes (MIK), Andreas Lezgus (MIK),
Alexander Prim (MIK),
Hans-Jörg Sommerfeld (LZPD),
Reinhard K. Sprenger

Grafische Gestaltung und Satz

designiert Corporate Design, Düsseldorf

Druck

kuper-druck gmbh, Eschweiler
Papier: EuroBulk, PEFC-zertifiziert

Die *Streife* erscheint im Zwei-Monats-Rhythmus
6-mal im Jahr. Beiträge zur Veröffentlichung
können direkt an die Redaktion gesandt werden.
An den abgedruckten Beiträgen behält sich
die *Streife* alle Rechte vor. Nachdruck aller Artikel,
auch auszugsweise, nur mit Quellenangabe.
Kürzungen von Leserzuschriften behält sich die
Redaktion vor und bittet hierfür um Verständnis.
Für Manuskripte und Fotos, die unaufgefordert ein-
gesandt werden, wird keine Haftung übernommen.



Streife wird herausgegeben vom
Ministerium für Inneres und Kommunales des Landes
Nordrhein-Westfalen
www.streife.polizei.nrw.de /// ISSN: 0585-4202



POLIZEI
Nordrhein-Westfalen